



Migrations- und Integrationsforschung

Jahresbericht 2017 des Forschungszentrums
Migration, Integration und Asyl im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Migrations- und Integrationsforschung

Jahresbericht 2017 des Forschungszentrums Migration,
Integration und Asyl im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Vorwort



Renate Leistner-Rocca
Leiterin des Forschungszentrums
Migration, Integration und Asyl

Liebe Leserinnen und Leser,

Politik und Praxis sind mit der Aufgabe konfrontiert, sowohl die Folgen der starken 2015/2016 Asylzuwanderung zu bewältigen als auch die kontinuierliche Erwerbs- und Bildungsmigration zu steuern. In diesem Zusammenhang zeigt sich immer wieder, dass es einen großen Bedarf an Erkenntnissen aus einer umfassenden, belastbaren und faktenbasierten Migrations- und Integrationsforschung gibt. Dieser Umstand prägte die Aufgaben und die Entwicklung des Forschungszentrums im Jahr 2017 mit einem verstärkten Fokus auf Politikberatung und problemorientierter wissenschaftlicher Begleitung der Praxis.

Daher haben wir neben der Vielzahl laufender und auch abgeschlossener Projekte, über die Sie dieser Jahresbericht informiert, auch wieder neue Vorhaben für 2018 und darüber hinaus auf den Weg gebracht, die verschiedene Informationsbedarfe decken sollen. Dazu gehören beispielsweise:

- in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ein bereits laufendes Forschungsprojekt zu Rückkehrmotiven und Reintegrationsprozessen von Rückkehrenden, die im aktuellen Bundesprogramm „StarthilfePlus“ gefördert werden,
- in Abstimmung mit dem BMI und dem operativen Integrationsbereich des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eine Neuauflage der Evaluation des Integrationskurssystems mit besonderem Fokus auf Geflüchtete,
- in Abstimmung mit dem BMI eine erneute deutschlandweite Befragung der Bevölkerung mit Migrationshin-

tergrund aus muslimisch geprägten Herkunftsländern („Muslimisches Leben in Deutschland“).

Weiterhin werden wir in den kommenden Jahren eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung der Beratungsstelle „Radikalisierung“ des Bundesamtes durchführen. Zudem wurden mit den Partnern im Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) die Themen für 2018 erarbeitet, die von Visapolitik über Integrationsfragen bis hin zu Rückkehraspekten reichen. Vieles hiervon werden Sie im nächsten Jahresbericht finden.

Um relevante Forschungsfragen zu identifizieren, die notwendige Dateninfrastruktur aufzubauen und die Entwicklungen in der Forschungslandschaft zu begleiten, ist die Vernetzung mit nationalen und internationalen Partnern essentiell. So sind gemeinsame Projekte wie beispielsweise mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) ebenso ein wesentlicher Baustein unserer Tätigkeit wie eigene Tagungen und Workshops (z.B. die EMN-Konferenz zu Rückkehrberatung und Rückkehrmanagement im Mai 2017) oder die aktive Vortragstätigkeit im In- und Ausland.

Der vorliegende Jahresbericht gibt wie in jedem Jahr einen ausführlichen Überblick über die erreichten Meilensteine laufender sowie die Ergebnisse abgeschlossener Projekte. Ebenso dokumentiert er die rege Publikations- und Vortragstätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des For-

schungszentrums sowie die praktische Beratungsarbeit in Fachgremien und Beiräten.

Eine anregende Lektüre des vorliegenden Jahresberichts 2017 wünscht Ihnen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Leistner-Rocca'.

Renate Leistner-Rocca

Leiterin des Forschungszentrums Migration,
Integration und Asyl

Inhalt

1	Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl	9
1.1	Auftrag	9
1.2	Organisatorischer Aufbau (2017)	10
1.3	Referatsgruppe Migrations- und Integrationsforschung	10
1.4	Servicebereich	12
1.5	Wissenschaftlicher Beirat	12
1.6	Doktorandenprogramm	12
1.7	Praktikum	13
2	Forschungsschwerpunkte	14
2.1	Forschungsschwerpunkt Datengrundlagen	14
	Migrationsbericht	14
	Migrationsmonitoring deutsche Bundesländer	14
	Soziale Komponente „SoKo“	15
2.2	Forschungsschwerpunkt Integration	16
	IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten	16
	Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM 2015)	18
	Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen	19
	Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen	20
	Erkenntnisse zu Geflüchteten	21
	Unbegleitete Minderjährige in Deutschland – Herausforderungen und Maßnahmen nach der Klärung des aufenthaltsrechtlichen Status	22
	Illegale Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland	23
2.3	Forschungsschwerpunkt Migration und Asyl, Migrationssteuerung	24
	Die veränderte Fluchtmigration in den Jahren 2014 bis 2016: Reaktionen und Maßnahmen in Deutschland	24
	Rückkehrpolitik in Deutschland im Kontext europarechtlicher Vorschriften	25
	Evaluation des Bundesprogramms „StarthilfePlus“ zur Förderung der freiwilligen Rückkehr	26
	Identitätssicherung und -feststellung im Migrationsprozess	27

2.4	Forschungsschwerpunkt Muslime in Deutschland	28
	Muslimisches Leben in Deutschland 2016 (MLD 2016)	28
	Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“	29
3	Publikationen	31
3.1	Interne Publikationen	31
3.2	Externe Publikationen	32
	Beiträge in Sammelbänden	32
	Beiträge in nationalen bzw. internationalen Zeitschriften	32
	Beiträge in sonstigen Medien (Online, Zeitungen, Broschüren etc.)	33
4	Wissenstransfer	34
4.1	Besuchte Veranstaltungen (Auswahl)	34
	Mit Vortrag (auf Einladung)	34
	Mit Vortrag (öffentliche Ausschreibung/Call for Papers)	35
	Teilnahme an Podiumsdiskussionen	36
	Teilnahme an Fachgremien und Expertenworkshops	36
	Lehrveranstaltungen	38
4.2	Mitgliedschaften in Fachgremien, Jurys, Beiräten	38
4.3	Veranstaltungen	39
	Tagung „Rückkehrberatung – Integriertes Rückkehrmanagement – Reintegration“ der deutschen nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN), Berlin, 04.05.2017	39
	Tag der offenen Tür der Bundesregierung, Berlin	41
	Besuch des Department of Immigration Services Kenia im Forschungszentrum	41
4.4	Mediales Angebot	42
	Erfolgsprodukt Working Paper	43
	Downloadzahlen von Forschungsstudien	43
	Online Präsentation EMN	44
	Soziale Medien	44
5	Vernetzung	45
5.1	Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN)	45

5.2	9. Treffen Gesprächskreis „Migration und Integration in der Ressortforschung“	46
6	Abkürzungsverzeichnis	47
7	Anlage	48
	Themenfeld Migration	48
	Themenfeld Integration	50

1

Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl

1.1 Auftrag

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat den gesetzlichen Auftrag, wissenschaftliche Forschung zu Migrations- und Integrationsthemen zu betreiben (§ 75 Nr. 4 und 4a AufenthG). Ziel ist die Gewinnung von Daten zur Steuerung des Migrationsgeschehens. Um diesen Auftrag sachgerecht erfüllen zu können, wurde 2005 die Gruppe Forschung im Bundesamt eingerichtet. Das Forschungszentrum leistet mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag zu einer objektiven, faktenbasierten Politikberatung.

Wir begleiten den Prozess der Integration von Ausländern und Spätaussiedlern in Deutschland. Das Forschungszentrum trägt mit seinen Erkenntnissen entscheidend zur Weiterentwicklung von Integrationsmaßnahmen auf Bundesebene bei. Weitere Forschungsschwerpunkte sind die Erwerbs- und Bildungsmigration, die Auswirkungen der Zuwanderung, Fluchtmigration, Rückkehr und sicherheitsrelevante Aspekte der Zuwanderung.

Unsere Forschung verfolgt einen interdisziplinären Ansatz. Mitarbeiter aus Disziplinen wie Soziologie, Ökonomie, Politikwissenschaften, Geographie, Geschichte, Psychologie, Statistik und Migrationsstudien sind vertreten. Aufgabenfelder der Forschung im Bundesamt lassen sich unter den Begriffen Analyse, Evaluierung und Beratung zusammenfassen.

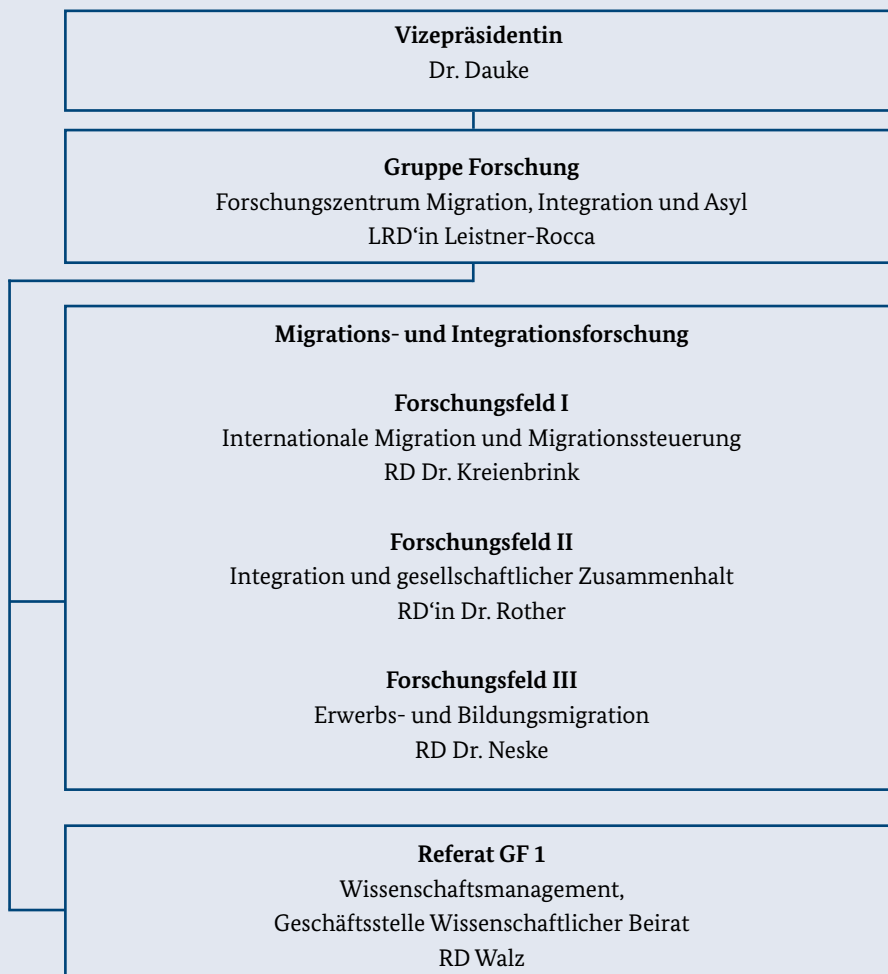
- Analyse: Migrations- und Integrationsprozesse in Deutschland werden beobachtet und datengestützt beschrieben sowie bei Bedarf in den internationalen Kontext eingeordnet.
- Evaluierung: Maßnahmen zur Steuerung der Migration und Integration sowie die Verwaltungspraxis im BAMF werden begleitend untersucht und bewertet.
- Beratung: Gewonnene Erkenntnisse dienen der Politikberatung und fließen so in die Steuerung der Migration und Integration ein.



Zur Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet das Forschungszentrum mit wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland zusammen. Als zentrale staatliche Stelle für Fragen der Migrations- und Integrationsforschung leistet es einen grundlegenden Beitrag zum Informationstransfer zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

Die Arbeit des Forschungszentrums wird seit 2008 jährlich in Tätigkeitsberichten dokumentiert.

1.2 Organisatorischer Aufbau (2017)



1.3 Referatsgruppe Migrations- und Integrationsforschung

Forschungsfeld I: „Internationale Migration und Migrationssteuerung“

Leitung: Dr. Axel Kreienbrink

Das Forschungsfeld I bearbeitet ein vielfältiges Themenspektrum mit den Schwerpunkten internationale Migration und Migrationssteuerung. Wesentliches Ziel der Forschungsarbeiten ist es, weiterführende Erkenntnisse über Ursachen und Wirkungen von Migrationsbewegungen im nationalen und internationalen Rahmen zu gewinnen, die entsprechend des gesetzlichen Auftrages für die Begleitforschung zur Steuerung der Zuwanderung dienen können.

Dafür werden vor allem gegenwärtige und zukünftige Migrationsbewegungen nach Deutschland und Europa und ihre Folgen in den Blick genommen – von der Zuwanderung über die Aufnahme von Schutzsuchenden (z.B. im

Rahmen des Resettlements) bis hin zu Abwanderung und Rückkehr. Vor diesem Hintergrund ist auch die Erstellung des jährlichen Migrationsberichts der Bundesregierung im Forschungsfeld I verortet.

Das Aufgabenfeld umschließt weiterhin die Forschungstätigkeit für das von der Europäischen Kommission kofinanzierte Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), für welches das Bundesamt als nationale Kontaktstelle benannt worden ist. In diesem Rahmen werden in jedem Jahr mehrere Spezialstudien erarbeitet, die in der Regel Steuerungsfragen in den Bereichen Migration und Asyl betreffen. Die Ergebnisse der deutschen Teilstudien gehen anschließend in europäische Syntheseberichte ein.

Schließlich gehört seit Jahren die Beschäftigung mit der Präsenz und Integration muslimischer Zuwanderer in Deutschland zum Aufgabenbereich, teilweise in Kooperation mit dem Forschungsfeld II. Hier führt das Forschungszentrum seit 2006 regelmäßig im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) flankierende Studien durch, wie z.B. zum „Muslimischen Leben in Deutschland“. Aber auch Fragen der Deradikalisierung von sich (potentiell) islamistisch radikali-

sierenden Menschen spielen im Kontext der im Bundesamt angesiedelten Beratungsstelle Radikalisierung eine Rolle.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsfeldes I:

Tatjana Baraulina
 Maria Bitterwolf
 Janne Grote (EMN)
 Paula Hoffmeyer- Zlotnik (EMN) (ab 01.01.2017)
 Özlem Konar
 Sebastian Prothmann (bis 30.11.2017)
 Julian Tangermann (EMN)
 Milena Uhlmann
 Marieke Volkert (Doktorandin)

Forschungsfeld II: „Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt“

Leitung: Dr. Nina Rother

Das Forschungsfeld „Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ gliedert sich in zwei Aufgabenbereiche. Hauptarbeitsgebiet ist die Durchführung eigener empirischer Studien, vorwiegend zu Fragen der Integration. Daneben wird Integrationsberichterstattung betrieben und fortgeschrieben.

Im Aufgabenbereich „Empirische Studien“ werden Primärdatenerhebungen zu verschiedenen gesellschaftspolitisch relevanten Themenbereichen durchgeführt. Ziel ist die Beschreibung und Analyse von Migrations- und Integrationsprozessen und der dadurch hervorgerufenen gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland. Daneben werden auch staatliche Maßnahmen der Integrationsförderung begleitet und evaluiert.

Der zweite Aufgabenbereich des Forschungsfeldes beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Sichtung und Auswertung amtlicher Daten und Geschäftsstatistiken, von Daten aus eigenen Erhebungen sowie von Befragungsdaten anderer Forschungsinstitutionen (Sekundärdatenanalyse). Die Entwicklung von Integrationsindikatoren auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene wird ebenfalls im Rahmen der Integrationsberichterstattung beobachtet und begleitet.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsfeldes II:

Dr. Christian Babka von Gostomski
 Andreea Baier (Doktorandin)
 Axel Böhm

Jana Scheible
 Dr. Susanne Schührer (ab 01.04.2017)
 Dr. Manuel Siegert
 Dr. Anja Stichs
 Michael Wolf
 Dr. Susanne Worbs

Forschungsfeld III: „Erwerbs- und Bildungsmigration“

Leitung: Dr. Matthias Neske

Ökonomische Aspekte stellen wichtige Rahmenbedingungen für Ursachen und Konsequenzen des Zuzugs sowie für die Integration von Ausländern dar. Diese Bedingungen sind für die Steuerung der Migration nach den wirtschaftlichen und arbeitsmarktspezifischen Interessen der Bundesrepublik relevant. Das Forschungsfeld III beobachtet hierzu kontinuierlich die Forschungs- und Datenlandschaft und führt eigene Projekte durch. Die Forschungsergebnisse führen zu einer Verbreiterung und Vertiefung der analytischen Grundlagen im Bereich der Erwerbsmigration und dienen der evidenzbasierten Politikberatung sowie der Diskussion und Planung von Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitsmigration.

Schwerpunkte sind wissenschaftliche Forschungsprojekte zu Aspekten der Erwerbs- und Bildungsmigration nach Deutschland. Dies umfasst auch Fragen der beruflichen Orientierung und der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern, die nicht explizit als Erwerbsmigranten nach Deutschland gekommen waren.

Zudem wird in Referat FIII das Anerkennungsverfahren für Forschungseinrichtungen zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen (Umsetzung der Forscherrichtlinie/REST-Richtlinie) durchgeführt, welches die Basis für die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 20 AufenthG (Forscher) bildet. Unterstützt wird das Amt dabei durch den Beirat für Forschungsmigration, der aus neun ehrenamtlich tätigen Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik besteht.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsfeldes III:

Barbara Heß
 Anna-Katharina Rich (bis 12.05.2017)
 Tabea Rösch (ab 15.09.2017)
 Hans-Jürgen Schmidt
 Hanne Schneider (ab 01.05.2017)
 Hannelore Werzinger

1.4 Servicebereich

Das Referat „Wissenschaftsmanagement, Geschäftsstelle Wissenschaftlicher Beirat“ nimmt Querschnittsaufgaben für das Forschungszentrum wahr. Es berät die Leitung des Zentrums in strategischen Belangen und übernimmt administrative Aufgaben. Hierzu zählen beispielsweise Planung und Bewirtschaftung des Haushaltes, Beratung und Unterstützung in Rechtsangelegenheiten, Aufstellung der jährlichen Forschungsvorhabenplanung und Unterstützung der Forschungsbereiche u.a. in deren Öffentlichkeitsarbeit. In diesem Referat erfolgt auch das Projektcontrolling.

1.5 Wissenschaftlicher Beirat

Ein Wissenschaftlicher Beirat aus Expertinnen und Experten der Migrations- und Integrationsforschung trägt seit 2005 zur Unterstützung der Qualitätssicherung des Forschungszentrums bei. Der Wissenschaftliche Beirat versteht sich als Beratungsgremium und unterstützt über seine Netzwerke den Informationsaustausch mit der wissenschaftlichen Öffentlichkeit. Der Beirat ist multidisziplinär mit anerkannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzt. Die Berufung in das Gremium erfolgt für die Dauer von zwei Jahren, eine Verlängerung der Berufungsdauer ist möglich. Die Beratungen des Wissenschaftlichen Beirates finden zweimal im Jahr statt.

Der Wissenschaftliche Beirat hat die Aufgabe:

- zu Forschungskonzepten und -schwerpunkten fachliche Empfehlungen zu geben,
- in methodischen und theoretischen Fragen der Migrations- und Integrationsforschung sowie bei der Evaluierung der Arbeitsergebnisse das Bundesamt zu unterstützen,
- die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen gleicher und verwandter Wissensgebiete und mit der Praxis zu fördern und
- Impulse bei der Ausweisung neuer Forschungsfelder und bei der Diskussion methodischer Neuerungen zu geben.

Seit September 2015 setzt sich der Wissenschaftliche Beirat wie folgt zusammen:



- Prof. Dr. Petra Bendel, Akademische Direktorin des Zentralinstituts für Regionenforschung, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (Vorsitzende),



- Prof. em. Dr. Kay Hailbronner, Professor an der Universität Konstanz, Fachbereich Rechtswissenschaften,



- Prof. Dr. Elke Jahn, Professorin für Arbeitsmarktökonomie an der Universität Bayreuth,



- Prof. Dr. Ruud Koopmans, Direktor der Forschungsabteilung „Migration, Integration, Transnationalisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und



- Prof. em. Dr. Klaus Bade, Begründer des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück und Gründungsvorsitzender (2009-2012) des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

Im Berichtsjahr wurden zwei Sitzungen durchgeführt. Beide Sitzungen haben sich zum einen schwerpunktmäßig mit der Diskussion und Bewertung ausgewählter Forschungsprojekte zur Aufstellung der Forschungsvorhabenplanung beschäftigt. Zum anderen war die Neuausrichtung des Forschungszentrums in der Forschungslandschaft zentrales Thema bei der Sitzungen.

1.6 Doktorandenprogramm

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eröffnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Doktorandinnen und Doktoranden in einem Doktorandenprogramm die Möglichkeit, bei Forschungsprojekten der Behörde mitzuwirken. Dieses Programm bietet die Gele-

genheit, neben der Dissertation die Arbeit einer Forschungseinrichtung des Bundes kennenzulernen, deren Tätigkeit einen unmittelbaren Bezug zur Migrationspolitik der Bundesrepublik aufweist.

Ein solches Engagement bietet für beide Seiten einen großen Gewinn. Dem Bundesamt kommt die Leistung von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zugute, die eine zum Forschungsauftrag des BAMFs themennahe Doktorarbeit fertigen. Die Doktorandinnen und Doktoranden profitieren ihrerseits von den Ressourcen, den praktischen Erfahrungen und der Betreuung im Bundesamt. Sie können Berufserfahrung in enger Zusammenarbeit mit erfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sammeln. Daneben werden den Doktorandinnen und Doktoranden weitere Kenntnisse vermittelt und ihre Fähigkeiten individuell gefördert, u. a. durch die Möglichkeit, an Fortbildungen und Fachkonferenzen teilzunehmen.

Freie Doktorandenstellen werden öffentlich ausgeschrieben. Die Stellen werden grundsätzlich für drei Jahre besetzt. Die Promotion erfolgt in der Regel an einer von den Doktorandinnen und Doktoranden bestimmten Universität bei einem für das Dissertationsthema geeigneten Betreuer. Das Thema der Doktorarbeit soll dabei einen engen Bezug zu dem Projekt des Bundesamtes aufweisen, für das die Stelle ausgeschrieben wurde. An der methodischen Konzipierung und Durchführung dieses Projektes arbeitet die Doktorandin/der Doktorand auf einer halben Stelle mit. Die Anfertigung der Dissertation selbst ist nicht Bestandteil der Dienstaufgaben.

Im Berichtsjahr 2017 waren zwei Doktorandinnen tätig.

Die wissenschaftliche Mitarbeiterin **Marieke Volkert** bearbeitete eine sozialwissenschaftliche Dissertation im Bereich der Integrationsforschung. Im Rahmen einer quantitativen geogestützten Analyse ging sie am Beispiel der Konsultation von Ärztinnen und Ärzten der Frage nach, unter

welchen Bedingungen Migrantinnen und Migranten vermehrt Dienstleistungen durch Anbieter der gleichen Herkunft nutzen und inwiefern dies durch räumliche Strukturen begünstigt wird.

Die wissenschaftliche Mitarbeiterin **Andreea Baier** hat eine sozialwissenschaftliche Dissertation begonnen, die der Frage nach der Wirksamkeit von integrationspolitischen Maßnahmen für geflüchtete Personen nachgeht. Das Dissertationsprojekt stellt eine Evaluation der Maßnahmen zur Sprachförderung und arbeitsmarktpolitischen Integration dar, die anhand quantitativer Auswertungen mit Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten durchgeführt wird.

➔ Bisher abgeschlossene und publizierte Dissertationen:

Worbs, Susanne (2014): Bürger auf Zeit. Die Wahl der Staatsangehörigkeit im Kontext der deutschen Optionsregelung, Beiträge zu Migration und Integration, Band 7, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Lochner, Susanne (2016): Integrationskurse als Motor für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Interethnische Kontakte und nationale Verbundenheit von Migrantinnen in Deutschland, Opladen/Berlin/Toronto: Budrich UniPress Ltd.

Obergfell, Johannes (2016): Abwanderung von Deutschland in die Türkei. Absichten, Ursachen, (Hinter-)Gründe, Diss. phil., Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Online: <http://d-nb.info/1097753719/34>.

➔ Weitere Informationen zum Doktorandenprogramm werden auf der Internetseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge unter: www.bamf.de/doktorandenprogramm veröffentlicht.



1.7 Praktikum

Das Forschungszentrum des Bundesamtes bietet Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, ein Pflichtpraktikum zu absolvieren. Die Praktikantinnen und Praktikanten arbeiten aktiv in einzelnen Forschungsprojekten mit und haben die Gelegenheit, die Arbeit in einem behördeninternen Forschungszentrum kennenzulernen und erste Berufserfahrung zu sammeln.

Im Jahr 2017 wurde 16 Praktikantinnen und Praktikanten diese Möglichkeit eröffnet.

2

Forschungsschwerpunkte

2.1 Forschungsschwerpunkt Datengrundlagen

Migrationsbericht

Im Jahr 2000 hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, jährlich einen Migrationsbericht vorzulegen, der unter Einbeziehung aller Zuwanderergruppen einen umfassenden Überblick über die jährliche Entwicklung der Zu- und Abwanderung gibt. Seit 2005 wurden vierzehn Migrationsberichte durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorgelegt. Der letzte Bericht wurde im Dezember 2016 für das Jahr 2015 veröffentlicht.

Für das Berichtsjahr 2016 gab es aufgrund technischer Umstellungen Verzögerungen beim Statistischen Bundesamt bei der Erstellung der Zu- und Abwanderungszahlen im Rahmen der amtlichen Bevölkerungsstatistiken. Die Zahlen für 2016 konnten erst Ende Februar 2018 veröffentlicht werden. Da ohne diese Wanderungsstatistik aber ein wesentlicher Teil des Migrationsberichts fehlen würde, hat das Bundesministerium des Innern 2017 entschieden, den Migrationsbericht für das Jahr 2016 auszusetzen. Stattdessen wird das Bundesamt Ende 2018 einen zusammenfassenden Migrationsbericht 2016/2017 vorlegen.

Der Migrationsbericht 2016/2017 wird das Migrationsgeschehen differenziert nach Herkunfts- und Zielländern, Staatsangehörigkeiten, Bundesländern, Geschlecht, Alter und Aufenthaltszwecken darstellen. Im Detail wird ausführlich auf die verschiedenen Zuwanderergruppen sowie das Phänomen irregulärer Zuwanderung eingegangen. Zusätzlich wird die Abwanderung von Deutschen und Ausländern behandelt. Daran schließt sich ein europäischer Vergleich zum Migrationsgeschehen an. Betrachtet werden zudem die Struktur sowie die Demographie (Einbürgerungen, Geburten, Sterbefälle) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland, die auch Folge des Wanderungsgeschehens ist.

Nach den ersten vorläufigen Wanderungszahlen des Statistischen Bundesamtes zeigt sich, dass nach dem Höhepunkt der Zuzugszahlen im Jahr 2015 mit etwa 2,14 Millionen Zuzügen die Zuwanderung im Jahr 2016 mit ca. 1,9 Millionen Zuzügen etwas zurückgegangen ist. Dem gegenüber standen

1,4 Millionen Fortzüge, so dass der Wanderungssaldo sich damit auf knapp 500.000 Personen belief (2015: 1,14 Millionen). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum gingen die Zuzugszahlen damit um rund 13 % zurück, zugleich ist die Zahl der Fortzüge um 37 % gestiegen. Der Rückgang der Wanderungszahlen ist insbesondere auf die gesunkene Fluchtmigration zurückzuführen. Im Jahr 2016 ging die Zahl der neueingereisten Asylsuchenden mit ca. 280.000 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück (2015: 890.000).

Im Auftrag des:



Bundesministerium
des Innern

Migrationsmonitoring deutsche Bundesländer

Projektverantwortliche: **Barbara Heß**

Die Integrationsministerkonferenz (IntMK) hat auf ihrer 11. Sitzung Bedarf an Daten und Informationen angemeldet, mit deren Hilfe die Anforderungen an die Regelsysteme (u.a. Kita, Schule, Ausbildung, Hochschule, Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsmarktsysteme) ermittelt werden können.

Das BAMF Forschungszentrum hat diese Anregung aufgegriffen und ein Konzept für ein regelmäßiges Monitoring entwickelt, welches auf Basis von Auswertungen aus dem Ausländerzentralregister unter Hinzunahme weiterer Daten die Entwicklung der Zu- und Abwanderung nach Altersgruppen und (bei Drittstaatsangehörigen) auch Aufenthaltszwecken aufbereitet. Die daraus gewonnenen Informationen für die Bundesländer stellen für die Identifizierung der Bedarfe der Regelsysteme wichtige Anhaltspunkte dar. Zum anderen können die Ergebnisse des Monitorings aber auch genutzt werden, um die jeweiligen Bundesländer über die Verteilung der Migranten in Deutschland zu informieren.

Geplant ist, diese Auswertungen vierteljährlich mit einer Nachmeldefrist von drei Monaten zu erstellen. Die Auswer-


tungen für das erste Halbjahr 2017 mit Datenstand 30.9.2017 wurden durchgeführt und werden im 1. Halbjahr 2018 als erster Bericht erscheinen. Im weiteren Verlauf werden jedes Quartal weitere Monitorings veröffentlicht, welche dann - unter der Annahme konstanter Bedingungen (sowohl im In- als auch im Ausland) - Trends aufzeigen können. Da gerade die letzten Jahre gezeigt haben, dass sich neue Migrationsströme oft unerwartet ergeben, kann eine solche Fortschreibung allerdings nicht als Prognose interpretiert werden.

Soziale Komponente „SoKo“


Projektverantwortlicher: Dr. Matthias Neske

Die sogenannten „SoKo“-Daten („Soziale Komponente“) stellen eine Verwaltungsstatistik dar, in der freiwillige Angaben u.a. zum Schulbesuch und der zuletzt ausgeübten beruflichen Tätigkeit von volljährigen Asylersantragstellern gespeichert werden. Die Daten werden im Rahmen der Asylersantragstellung mit Hilfe eines Dolmetschers erfasst. Im Jahr 2016 sind zwei Kurzanalysen des BAMF-Forschungszentrums erschienen, die Daten der „Sozialen Komponente“ auswerten. Die Kurzanalyse 2/2017 wertete die Daten zum Qualifikationsniveau von Personen aus, die im Jahr 2016 ihren Asylersantrag stellten, wohingegen die Kurzanalyse 3/2017 Antragstellungen des ersten Halbjahres 2017 als Grundlage hat.

Die „SoKo“-Daten dienen zunächst reinen Verwaltungszwecken und erfassen bildungs- und berufsbezogene Informationen nicht detailliert. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass aufgrund der Freiwilligkeit der Angaben keine kom-



Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl

BAMF-Kurzanalyse

Ausgabe 2/2017 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

02 | 2017

Volljährige Asylersantragsteller in Deutschland im Jahr 2016

Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit

Von Matthias Neske

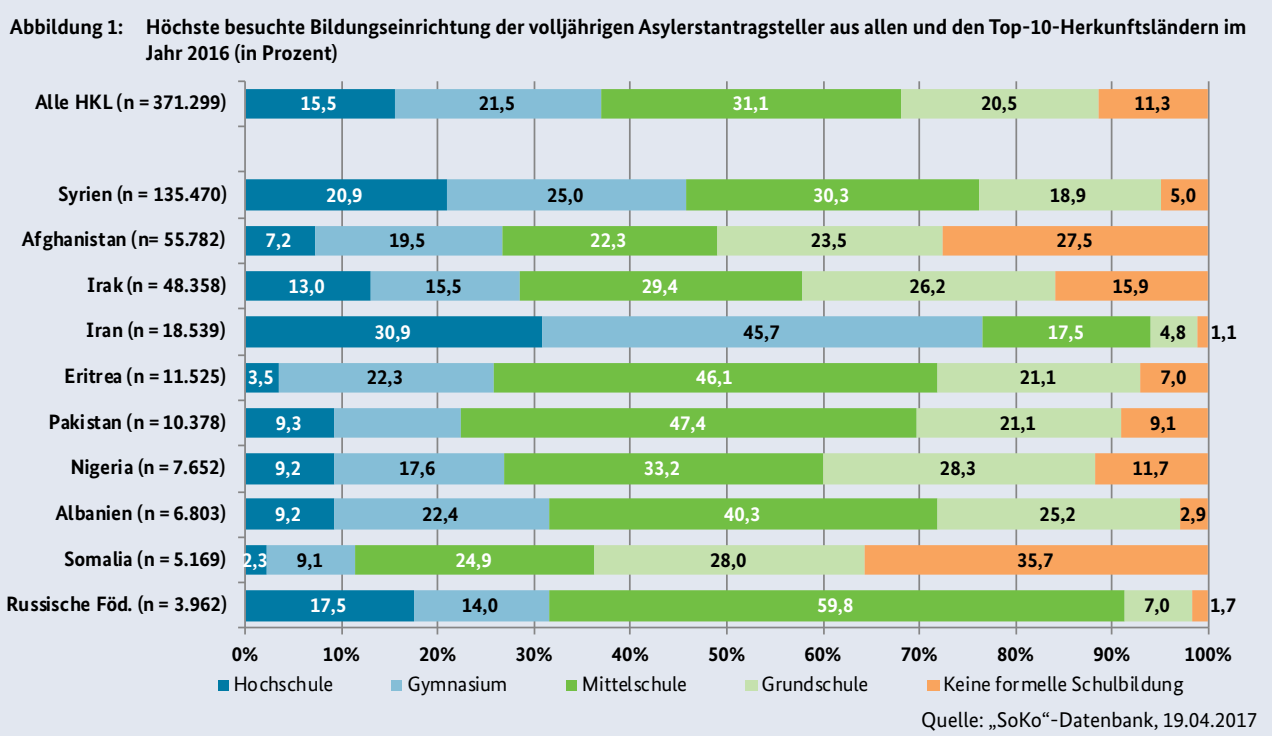
Dieses sogenannte „SoKo“-Daten („Soziale Komponente“) werden während der Asylersantragstellung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf freiwilliger Basis erhoben und geben u. a. einen groben Überblick über die Qualifikationsstruktur der Schutzsuchenden. In dieser Kurzanalyse wird das Jahr 2016 betrachtet.

AUF EINEN BLICK

- Im Jahr 2016 stellten rund 460.000 erwachsene Personen einen Asylersantrag in Deutschland. Etwa 80 % dieser Personen machten bei der Antragstellung Angaben zur Schulbildung und zum zuletzt im Herkunftsland ausgeübten Beruf. Ein Teil davon war bereits 2015 eingereist, konnte aber den Asylersantrag formal erst 2016 stellen.
- Syrer bildeten mit 165.000 Personen die deutlich größte Gruppe, gefolgt von Personen aus Afghanistan (170.000) und dem Irak (58.000). Aus diesen drei Herkunftsländern kamen zusammen fast zwei Drittel der volljährigen Erstantragsteller.
- Die meisten volljährigen Asylbewerber waren im Alter von 18 bis 29 Jahren; fast 70 % waren Männer. Der Frauenanteil ist gegenüber dem Jahr 2015 jedoch um 4,5 Prozentpunkte gesunken. Sowohl unter den Syrern als auch unter den Irakern wuchs der Frauenanteil mit jeweils über 10 Prozentpunkten überdurchschnittlich stark, aber auch unter Antragstellern aus Afghanistan waren mehr Frauen als im Vorjahr.
- Rund die Hälfte der Antragsteller war verheiratet, und die häufigsten Muttersprachen waren Arabisch, Dari/Farsi und Kurmandschi.
- Mit 31,1 % gaben die meisten Befragten an, als höchste Bildungseinrichtung eine Mittelschule besucht zu haben. Danach folgten Gymnasium und Grundschule mit 21,5 % bzw. 20,5 %. 11,3 % hatten keine formelle Schulbildung und 15,5 % besuchten eine Hochschule. Frauen hatten häufiger als Männer keine formelle Schulbildung.
- Etwa jeder sechste Asylersantragsteller im Jahr 2016 hat im Herkunftsland zuletzt im Handwerksbereich gearbeitet. Damit war dies der wichtigste Tätigkeitssektor, gefolgt von Dienstleistungen und Hilfstätigkeiten. Frauen arbeiteten in diesen Bereichen deutlich seltener, dafür stellten lehrende Berufe bei ihnen die häufigste letzte Tätigkeit dar (ohne die Summaltätigkeiten „Hausarbeit, Rente, Schule oder Studium“ bzw. „ohne Arbeit“).
- Die durchschnittlich höchste Bildung hatten die über 11.000 Antragsteller, deren zuletzt ausgeübte Tätigkeit in die Kategorie „Lebende Berufe“ fällt. Die niedrigste Bildung hatten Antragsteller, die zuletzt in der Landwirtschaft, als Hilfskraft oder im Baugewerbe tätig waren. Die über 35.000 zuletzt handwerklich tätigen Personen besaßen ebenfalls ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau.

plette Abdeckung zu erreichen ist, dies ist aber unproblematisch, da die Alters-, Geschlechts- und Herkunftsstruktur der Befragten nicht systematisch von der Grundgesamtheit abweicht. Ebenso ist zu beachten, dass es keine vollständige Vergleichbarkeit von Schulsystemen und Berufsgruppen unterschiedlicher Länder gibt.

Mit 31,1 % gaben die meisten Befragten aus dem Jahr 2016 an, als höchste Bildungseinrichtung eine Mittelschule be-



sucht zu haben. Danach folgen Gymnasium und Grundschule mit 21,5 % bzw. 20,5 %. 11,3 % hatten keine formelle Schulbildung und 15,5 % besuchten eine Hochschule. Frauen hatten häufiger als Männer keine formelle Schulbildung.

Etwa jeder zehnte Asylerantragsteller im Jahr 2016 hat im Herkunftsland zuletzt im Handwerksbereich gearbeitet. Damit war dies der wichtigste Tätigkeitssektor, gefolgt von Dienstleistungen und Hilfstätigkeiten. Frauen arbeiteten in diesen Bereichen deutlich seltener, dafür stellten lehrende Berufe bei ihnen die häufigste letzte Erwerbstätigkeit dar.

Die durchschnittlich höchste Bildung hatten die Antragsteller, deren zuletzt ausgeübte Tätigkeit in die Kategorie „Lehrende Berufe“ fällt. Die niedrigste Bildung wiesen Antragsteller auf, die zuletzt in der Landwirtschaft, als Hilfskraft oder im Baugewerbe tätig waren.

Auch zukünftig werden regelmäßige Analysen der „SoKo“-Daten veröffentlicht werden.

→ Veröffentlichungen

Neske, Matthias (2017): Volljährige Asylerantragsteller in Deutschland im Jahr 2016. Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit, Kurzanalyse 02/2017, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Neske, Matthias (2017): Volljährige Asylerantragsteller in Deutschland im ersten Halbjahr 2017. Sozialstruktur, Schulbesuch und ausgeübte Berufstätigkeiten, Kurzanalyse 03/2017, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

2.2 Forschungsschwerpunkt Integration

IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten

Projektverantwortliche:

Dr. Nina Rother, Andreea Baier, Axel Böhm, Jana Anne Scheible, Dr. Manuel Siegert, Dr. Susanne Schührer

Der Anstieg der Fluchtmigration insbesondere im Jahr 2015 stellt die Akteure in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Zur Bewältigung der zahlreichen Aufgaben sind die Akteure im Bereich der Migrationssteuerung und Integration sowie die Zivilgesellschaft auf belastbare Informationen zu Geflüchteten angewiesen. Um eine umfassende und repräsentative Daten-

grundlage über die in Deutschland lebenden Geflüchteten aufzubauen, sind das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) sowie das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im Jahr 2015 eine Forschungskooperation eingegangen. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit steht die Durchführung einer repräsentativen Wiederholungsbefragung von Geflüchteten. Befragt wurden erstmals im Jahr 2016 rund 4.500 erwachsene Geflüchtete¹, die von Januar 2013 bis Januar 2016 nach Deutschland eingereist sind und einen Asylantrag gestellt haben, sowie ihre Haushaltsmitglieder.

Auf Grundlage der Daten der Befragung im Jahr 2016 wurde im Oktober 2017 ein gemeinsamer Forschungsbericht publiziert (Brücker et al. 2017). Neben einem methodischen Abschnitt, in dem u.a. die Grundgesamtheit der Stichprobe, das Ziehungsdesign, die Ausschöpfung der Stichprobe, die Befragungsmethodik und die Inhalte der Befragung beschrieben wurden, standen insbesondere schulische und berufliche Qualifikationen, Sprachkenntnisse sowie kognitive Potenziale im Fokus des Berichts.

- 1 Berücksichtigt wurden Personen, die sich im Asylverfahren befanden und solche, denen bereits ein Schutzstatus zuerkannt wurde bzw. deren Asylantrag abgelehnt wurde, deren Ausreise bzw. Abschiebung jedoch aus unterschiedlichen Gründen ausgesetzt wurde und die daher überwiegend eine Duldung erhalten haben.



Zentrale Erkenntnisse lauten wie folgt:

- Das im Herkunftsland erworbene schulische und berufliche Bildungsniveau der geflüchteten Männer und Frauen in Deutschland ist stark polarisiert : Einerseits haben 40 % der Geflüchteten eine weiterführende Schule besucht, andererseits haben 12 % lediglich eine Grundschule besucht und weitere 13 % gaben an, in ihrem Heimatland keine Schule besucht zu haben.
- Jeder sechste Befragte gab zum Befragungszeitpunkt 2016 an, (sehr) gut Deutsch sprechen zu können. (siehe Abbildung 1). Geflüchtete, die bereits länger in Deutschland leben, verfügen durchschnittlich über bessere Deutschkenntnisse. Basierend auf den Selbsteinschätzungen der Befragten kann von rund 9 % Analphabeten unter den befragten Geflüchteten ausgegangen werden.
- Zum Befragungszeitpunkt 2016 haben bereits 34 % der Geflüchteten einen Integrationskurs durchlaufen oder befanden sich aktuell noch in diesem. Mit 25 % nahmen deutlich weniger Frauen als Männer (37 %) teil. Wird die familiäre Situation berücksichtigt, z. B. Kinder ohne externe Betreuung, verringern sich die Geschlechterunterschiede.
- Bisher hat ein Viertel der Geflüchteten mit einem im Ausland erlernten Beruf die Anerkennung der mitgebrachten beruflichen Qualifikationen beantragt. Rund die Hälfte davon hat bereits eine Rückmeldung erhalten, die in fast allen Fällen (rund 93 %) mindestens eine teilweise Anerkennung beinhaltet.
- Knapp die Hälfte der Geflüchteten ist daran interessiert, einen Schulabschluss in Deutschland zu machen. Deutlich mehr, nämlich knapp zwei Drittel, streben noch einen beruflichen Abschluss an.

Die Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016 wurden zwischenzeitlich in das Datenangebot des Sozioökonomischen Panels (SOEP) integriert und interessierten Forscherinnen und Forschern durch das Forschungszentrum des SOEP zur Verfügung gestellt.

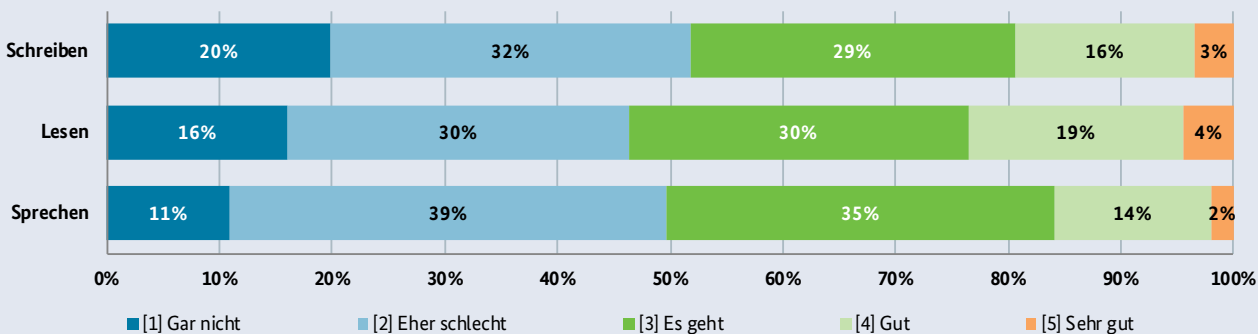
Die im Jahr 2016 erhobenen und bereits publizierten Daten wurden im Jahr 2017 durch die Integration einer weiteren Stichprobe (M5) mit weiteren rund 1.500 Haushalten ergänzt. Diese Stichprobe umfasst Personen, die von Februar bis Dezember 2016 nach Deutschland eingereist sind, einen Asylantrag gestellt haben und entsprechend in der Befragung im Juni 2016 noch nicht berücksichtigt werden konnten. Zudem wurden Personen befragt, die zwischen 2013 und einschließlich Jan. 2016 eingereist sind, aber zum Zeitpunkt der ersten Befragung 2016 noch nicht im Ausländerzentralregister (AZR) eingetragen waren (verzögerte Antragstellung). Hierzu liegen bislang noch keine Veröffentlichungen vor. Die Daten werden im Lauf des Jahres 2018 erwartet.

Seit Herbst 2017 wurden Befragte, die im Jahr 2016 an der Befragung teilgenommen haben, zum ersten Mal erneut befragt. Diese Erweiterung um eine längsschnittliche Perspektive ermöglicht es in der Zukunft, Aussagen zur Entwicklung des weiteren Lebensverlaufs der Geflüchteten zu treffen.

In Kooperation mit:



Abbildung 2: Deutschkenntnisse Geflüchteter zum Zeitpunkt der Befragung



Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016, gewichtet.

→ Veröffentlichungen

Böhm, Axel (2017): Was bewegt geflüchtete Menschen in Deutschland? Migrationsmotive, Sorgen und Zukunftsorientierungen, in: Migration und Soziale Arbeit 4/2017, 357-364.

Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hg.) (2017): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Forschungsbericht 30, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Kroh, Martin/Böhm, Axel/Brücker, Herbert/Jacobsen, Jannes/Kühne, Simon/Liebau, Elisabeth/Scheible, Jana A./Schupp, Jürgen/Siegert, Manuel/Trübswetter, Parvati (2017): Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Studiendesign und Feldergebnisse der Welle 1 (2016), in: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Forschungsbericht 30, Nürnberg, 17-24.

Schupp, Jürgen/Brücker, Herbert/Brenzel, Hanna/Jacobsen, Jannes/Jaworski, Jana/Kosyakova, Yuliya/Liebau, Elisabeth/Pagel, Lisa/Richter, David/Rother, Nina/Schacht, Diana/Scheible, Jana A./Siegert, Manuel (2017): Bildung, Sprache und kognitive Potenziale, in: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Forschungsbericht 30, Nürnberg, 25-60.

Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM 2015)

Projektverantwortliche:

Dr. Christian Babka von Gostomski, Daniel Dwars, Dr. Susanne Schührer, Dr. Anja Stichs

Bei der bundesweiten quantitativen „Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“ (RAM 2015) gaben 633 polnische, 632 rumänische und 614 türkische Staatsangehörige sowie 619 Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund vielfältige Auskünfte über migrations- und integrationsrelevante Sachverhalte. Die im Durchschnitt etwa 36 Minuten dauernde standardisierte face-to-face-Befragung RAM 2015 lehnt sich konzeptionell

und inhaltlich an die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführte Studie RAM 2006/2007 an. Der Befragung 2015 ging ein innovatives Stichprobenverfahren in über 89 Einwohnermeldeämtern voraus, das die bundesweite Verteilung der vier Befragungsgruppen widerspiegelt. Zur Auswahl deutscher Befragter mit türkischem Migrationshintergrund kam ein onomastisches Verfahren zur Anwendung.

Die Auswertungen im Jahr 2017 legten den Fokus auf Personen mit türkischem Migrationshintergrund, die unter der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte weiterhin eine der größten Gruppen bilden. Die Analysen bestätigen weitestgehend vorliegende Forschungsergebnisse aus verschiedenen anderen Studien und stellen diese auf eine umfassende und repräsentative Basis. Es kann festgehalten werden, dass sowohl die zweite Generation Türkeistämmiger als auch Türkeistämmige mit deutscher Staatsangehörigkeit hinsichtlich vieler Indikatoren besser integriert sind als diejenigen der ersten Generation bzw. mit türkischer Staatsangehörigkeit. Der erste Befund verdeutlicht, dass die Integration von Zuwanderergruppen ein generationenübergreifender Prozess ist. Letzteres ist davon beeinflusst, dass viele der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit der zweiten Generation angehören und dass sich gut integrierte Zuwanderer eher einbürgern lassen (können).

Weitere zentrale Ergebnisse zu Türkeistämmigen sind:

- Insbesondere Frauen der zweiten Generation haben im Vergleich zu Frauen der ersten Generation hinsichtlich der Bildungsabschlüsse und Arbeitsmarkt-beteiligung deutlich aufgeholt. Sie weisen nun ein ähnliches Bildungsniveau wie die Männer auf, bei jedoch geringerer Erwerbsbeteiligung, was jedoch auch auf die hohe Anzahl junger Kinder im Haushalt zurückzuführen ist. Höher gebildete Frauen partizipieren eher am Arbeitsmarkt als Frauen mit einem niedrigeren Bildungsniveau.
- Angehörige der zweiten Generation schätzen ihre Deutschkenntnisse fast durchgängig als gut oder sehr gut ein. Bei den selbst Zugewanderten stellen u.a. das Alter, die Aufenthaltsdauer und die Bildung wichtige Einflussfaktoren auf die Deutschkenntnisse dar.
- Bei Angehörigen der zweiten Generation zeigt sich parallel zu einer besseren strukturellen Integration, einer stärkeren Verbundenheit mit Deutschland und einer höheren Bleibeabsicht häufiger als bei selbst Zugewanderten der Wunsch, die Herkunftskultur zu erhalten und sich nicht vollständig an die deutsche Kultur anzugleichen.
- Die große Mehrheit der Türkeistämmigen ist mit ihrem Leben in Deutschland zufrieden. Vier von fünf Personen geben an, dauerhaft in Deutschland bleiben zu wollen. Hauptgründe sind das Gefühl, in Deutschland zuhause zu sein, sowie die in Deutschland lebende Familie.

Die Analysen zur türkeistämmigen Bevölkerungsgruppe kommen 2018 als Working Paper heraus. 2016 erschien bereits mit der Kurzanalyse 6/2016 eine Publikation zu zugewanderten Rumänen und Polen und deren Integration in Deutschland. 2018 erfolgen Analysen zu Vorurteilsstrukturen bei allen vier Befragten Gruppen.

→ Veröffentlichung

Babka von Gostomski, Christian (2016): Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“. Aspekte der Integration von zugewanderten rumänischen und polnischen Staatsangehörigen in Deutschland, Kurzanalyse 6/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen

Projektverantwortliche:
Tatjana Baraulina, Maria Bitterwolf

Das Projekt analysiert die Integration von Flüchtlingen, die im Rahmen des Resettlement-Programms in Deutschland Aufnahme gefunden haben. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwiefern die operative Ausgestaltung des Aufnahmeverfahrens sowie die Integrationsförderung der Flüchtlinge in der ersten Zeit nach der Ankunft in Deutschland auf das erklärte Programmziel – den Flüchtlingen eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland zu ermöglichen – ausgerichtet sind.

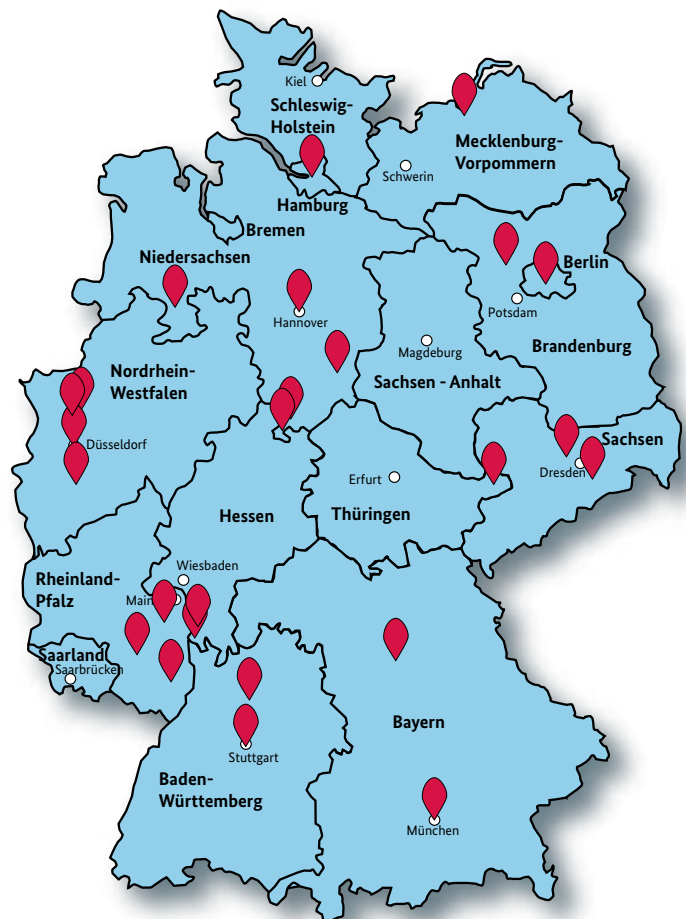
Neben der quantitativen Auswertung der administrativen Daten des Resettlement-Programms ab 2012 wird die Analyse von subjektiven Wahrnehmungen des Resettlement- und des Integrationsprozesses vorgenommen. Insgesamt wurden 112 Resettlement-Flüchtlinge, die im Jahr 2012 und im Jahr 2014 nach Deutschland kamen, mithilfe qualitativer Leitfadenterviews befragt. Die Befragung fand bundesweit statt.

Die Studie erlaubt, Empfehlungen für das Resettlement-Verfahren und die Integrationsförderung auszusprechen, welche die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigen. Die ersten Erkenntnisse aus der Studie sind bereits in die Maßnahmen des Bundes zur Verbesserung der Integrationschancen von Resettlement-Flüchtlingen eingeflossen. Beispielsweise hat das Bundesministerium des Innern für die Resettlement-Verfahren in den Jahren 2016/17 die Erteilung einer

auf drei Jahre befristeten Aufenthaltserlaubnis in der Aufnahmeanordnung einheitlich geregelt, da sich zeigte, dass zum Teil relativ kurzfristige Aufenthaltstitel von ein bis zwei Jahren für Resettlement-Flüchtlinge eine gewichtige Hürde auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt darstellten.

Erste Ergebnisse aus dem Projekt wurden im Jahr 2016 veröffentlicht. Sie zeigen, dass das deutsche Aufnahmeverfahren von den befragten Flüchtlingen als zuverlässig, geregelt, nachvollziehbar und vergleichsweise schnell wahrgenommen wird. Dies sowie die (nach Möglichkeit) gemeinsame Aufnahme von Familienverbänden schaffen nachhaltiges Vertrauen in den Aufnahmestaat und wirken sich positiv auf die Integrationsbereitschaft der Flüchtlinge aus. Direkt nach der Ankunft in Deutschland haben Resettlement-Flüchtlinge einen hohen Bedarf an Unterstützung und Beratung. Gelingt es den Beratern vor Ort in der Anfangszeit ein vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Klienten aufzubauen, wirkt sich dies nachhaltig auf den Integrationsverlauf aus. Generell zeigt sich bei den Befragten eine hohe Motivation, die deutsche Sprache zu lernen und am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Unabhängig von individuellen Problemlagen streben alle interviewten Flüchtlinge eine dauerhafte Niederlassung und gesellschaftliche Teilhabe an.

Abbildung 3: Intervieworte im Projekt Resettlement von 2014 bis 2017



→ Veröffentlichungen

Baraulina, Tatjana/Bitterwolf, Maria (2016): Resettlement: Aufnahme- und Integrationserfahrungen von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen. Qualitative Studie, Working Paper 70, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Baraulina, Tatjana/Bitterwolf, Maria (2016): Der Traum von Europa? Migrationsentscheidungen afrikanischer Flüchtlinge, in: Migration und Soziale Arbeit, 36 (4), 292-302

Bitterwolf, Maria/Baraulina, Tatjana/Stürckow, Inara/Daniel, Judith (2016): Wanderungsziel Europa? Migrationsentscheidungen afrikanischer Resettlement-Flüchtlinge, Kurzanalyse 2/2016, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen

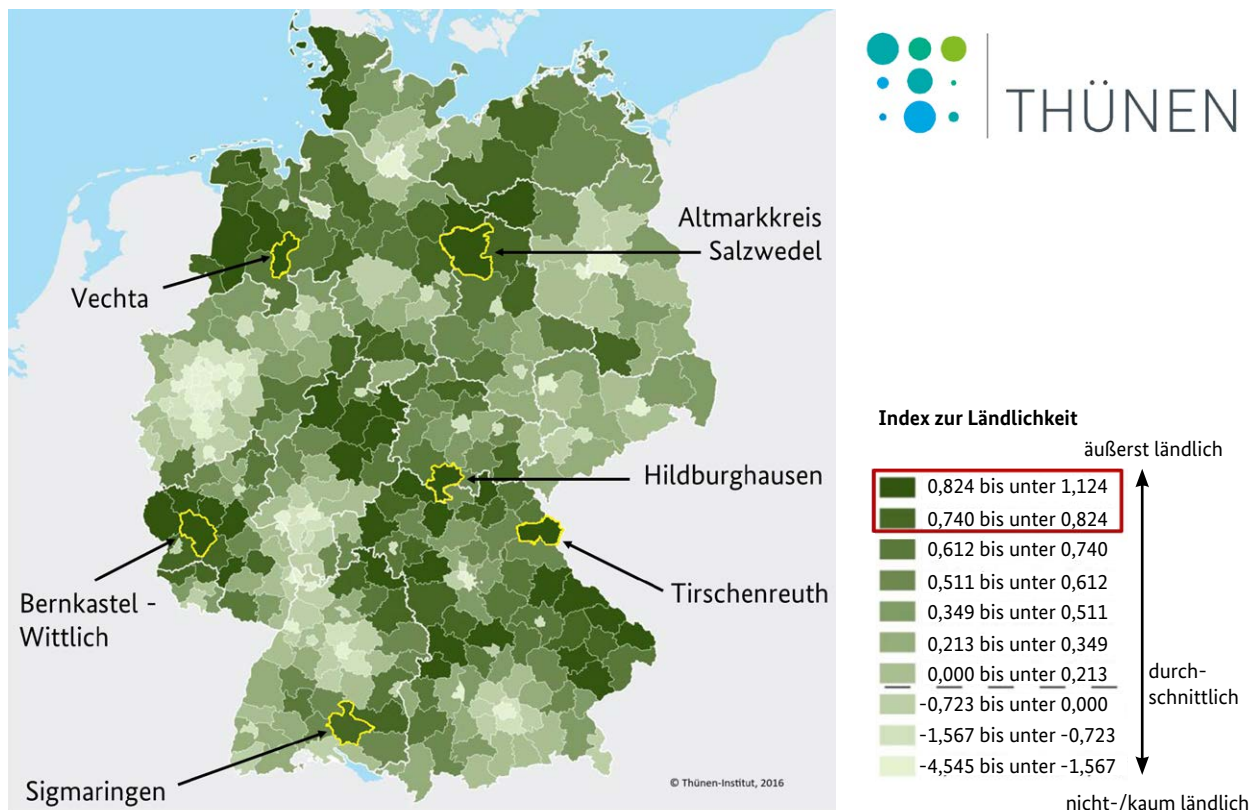
Projektverantwortliche:
Tabea Rösch, Hanne Schneider

Bisher stand die Integration von Geflüchteten in urbanen Räumen im Fokus der Öffentlichkeit und der Forschung. Durch die im Integrationsgesetz verankerte Wohnsitzauflage werden Geflüchtete voraussichtlich in Zukunft auch vermehrt in ländlichen Gebieten wohnhaft sein. Integration in diesen Regionen wird daher weiter an Bedeutung gewinnen.

Ländliche Räume weisen Charakteristika auf, die eine erfolgreiche Integration begünstigen können, wie beispielsweise ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement und persönlicheres soziales Gefüge sowie auch preiswerteren, verfügbaren Wohnraum. Sie bringen aber auch eigene Herausforderungen mit, etwa in den Bereichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur (z.B. Mobilität).

Neben den grundlegenden Unterschieden zwischen Stadt und Land besteht auch eine große Heterogenität zwischen einzelnen ländlichen Räumen, zum Beispiel hinsichtlich räumlicher, wirtschaftlicher, sozialer und demographischer Gegebenheiten. Daher ist es wahrscheinlich, dass sich Regi-

Abbildung 4: Untersuchte Landkreise der qualitativen Projektphase



Quelle: Thünen Institut 2016, Working Paper 68; eigene Markierungen

onen auch hinsichtlich der Aufnahmefähigkeiten von neu Ankommenden unterscheiden.

Im Rahmen einer kombinierten qualitativ-quantitativen Studie soll untersucht werden, welche Faktoren für gelungene Integrationsprozesse von Geflüchteten in ländlichen Räumen entscheidend sind.

Die erste Befragungsphase (2017) besteht aus qualitativen leitfadengestützten Interviews in sechs sehr ländlichen Landkreisen. Für die Auswahl geeigneter Untersuchungs-orte wurde die Typisierung des Thünen-Instituts herangezogen, um der Diversität innerhalb ländlicher Räume in Deutschland gerecht werden zu können. In den sechs untersuchten Landkreisen wurden zwischen Juni und Dezember 2017 drei unterschiedliche Gruppen von Personen qualitativ anhand von leitfadengestützten Interviews befragt (Handlungsträger aus Haupt- und Ehrenamt, Führungspersonen aus Unternehmen und Migranten aus früheren Zuwanderungsphasen).

Anschließend an diese Projektphase (ab Mitte 2018) werden Befragungsdaten von Geflüchteten ausgewertet, die bereits sehr umfangreich durch IAB-BAMF-SOEP erhoben wurden. Die Befragungsdaten sollen an dieser Stelle nach Motiven zum Bleiben und Wegzug untersucht werden. Dabei sollen auch die für die Integration entscheidenden Faktoren vor Ort aufgezeigt werden.

Die Ergebnisse der qualitativen Befragung sowie erste statistische Erkenntnisse zu ländlichen Räumen und Geflüchteten werden voraussichtlich Mitte des Jahres 2018 in einem Forschungsbericht veröffentlicht. Im Frühjahr 2019 folgen die Ergebnisse der quantitativen Erhebung.

Erkenntnisse zu Geflüchteten

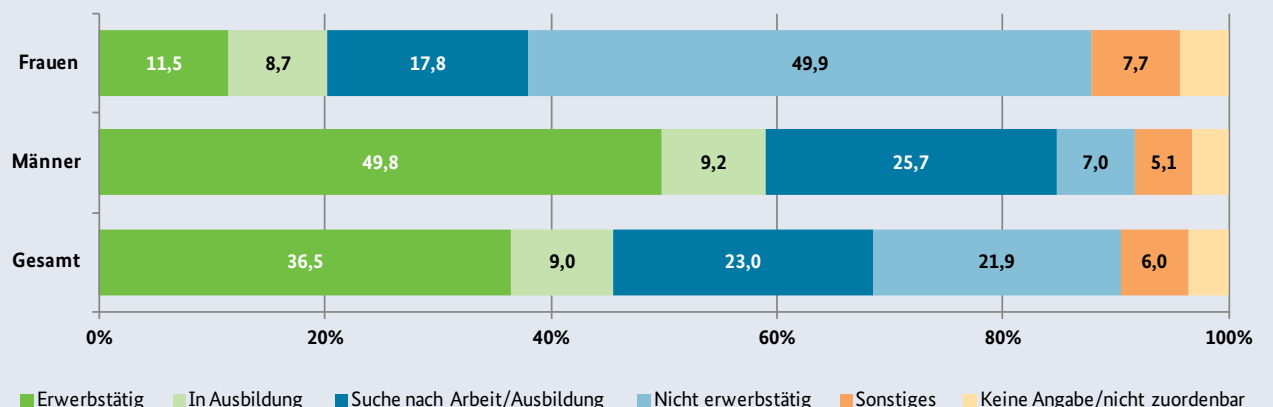
Projektverantwortliche: Dr. Susanne Worbs

Das Projekt „Erkenntnisse zu Geflüchteten“ strebt an, die in verschiedenen empirischen Studien des BAMF-Forschungszentrums gewonnenen Daten zu dieser Migrantengruppe zusammenzuführen und weiter zu verwerten.

Ein erstes Ergebnis war die Kurzanalyse zu „Geflüchteten Frauen“. Diese führte Erkenntnisse aus der BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, aus der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016 sowie aus der BAMF-Resettlement-Studie zusammen. Die Ergebnisse zeigen: Geflüchtete Frauen sind hoch motiviert zur gesellschaftlichen Teilhabe, benötigen aber aufgrund von „Startnachteilen“ besondere Unterstützung.

Ein wesentlicher Befund der Kurzanalyse ist, dass Nachteile geflüchteter Frauen bei der mitgebrachten Schul- und Berufsbildung sowie beim Spracherwerb in Deutschland offenbar dadurch entstehen, dass sie schlechter als Männer Zugang zu entsprechenden Institutionen und Bildungsgängen finden. Ist hingegen der Einstieg erfolgt, sind die messbaren Erfolge denen der Männer vergleichbar. Dies zeigt sich u.a. bei den bundesweiten Integrationskursen, die geflüchtete Frauen derzeit noch unterdurchschnittlich häufig und in größerem zeitlichem Abstand zur Einreise besuchen. Das BAMF setzt an dieser Stelle besonders an, um Frauen die Teilnahme an den Kursen zu ermöglichen, u. a. durch die seit diesem Jahr wieder verstärkte begleitende Kinderbetreuung. Das Angebot der „niederschwelligen Frauenkurse“ ermöglicht Frauen, die noch keinen Integrationskurs besuchen können oder wollen, eine erste Orientierung am Ankunftsort, darunter auch schon Asylbewerberinnen mit noch nicht abgeschlossenem Verfahren.

Abbildung 5: Lebenssituation/aktueller Erwerbsstatus nach Geschlecht im Jahr 2016 (in Prozent)



Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.805, gewichtet. Anteile unter 5 % werden nicht ausgewiesen.

Die Erwerbsbeteiligung geflüchteter Frauen in Deutschland ist im Vergleich zu geflüchteten Männern und auch zu anderen Bevölkerungsgruppen deutlich geringer. Gleichzeitig ist das Ausmaß der Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigung höher, was jedoch generell bei Frauen der Fall ist. Die Erwerbstätigkeit ist deutlich auf bestimmte Branchen konzentriert, u. a. das Reinigungs- sowie das Tourismus-, Hotel- und Gaststättengewerbe. Vermutlich liegt die Ursache für die insgesamt nachteilige Arbeitsmarktposition weiblicher Flüchtlinge in einer Kumulation mehrerer Faktoren (schlechtere Qualifikationen, weniger Berufserfahrung, geringere/spätere Beteiligung am Spracherwerb, familiäre Verpflichtungen). Der Wunsch nach Erwerbstätigkeit ist jedoch bei einer deutlichen Mehrheit der Frauen vorhanden.

Begonnen wurde 2017 die Erarbeitung von weiteren übergreifenden Beiträgen zum Zusammenhang von Gesundheit und Integration bei Geflüchteten (in Kooperation mit der Universität Rostock, Lehrstuhl für Demographie) sowie zur Gruppe der syrischen Migranten in Deutschland (in Kooperation mit der University of Florida).

Um die Basis für Analysen auch der weiteren Forschungscommunity zu ermöglichen, wurde zudem der Datensatz der BAMF-Flüchtlingsstudie 2014 im Dezember 2017 über das GESIS-Datenarchiv öffentlich verfügbar gemacht (ZA-Nummer 6915).

Veröffentlichungen:

Worbs, Susanne/Baraulina, Tatjana (2017): Geflüchtete Frauen in Deutschland: Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt. Ausgabe 01/2017 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

Baier, Andreea/Babka von Gostomski, Christian/Böhm, Axel/Neske, Matthias/Rich, Anna-Katharina/Rother, Nina/Scheible, Jana Anne/Siegert, Manuel/Worbs, Susanne (2017): Kann die Flüchtlingszuwanderung zur Behebung des Fachkräftemangels beitragen? Erkenntnisse aus der Forschung zu Qualifikationen von Flüchtlingen, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.), Faire Fachkräftezuwanderung nach Deutschland. Grundlagen und Handlungsbedarf im Kontext eines Einwanderungsgesetzes, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 131-142.

Unbegleitete Minderjährige in Deutschland – Herausforderungen und Maßnahmen nach der Klärung des aufenthaltsrechtlichen Status

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortliche: Paula Hoffmeyer-Zlotnik, Julian Tangermann

Ein beachtlicher Teil der 2015 und 2016 nach Deutschland zugewanderten Geflüchteten waren unbegleitete Minderjährige. Vor diesem Hintergrund beleuchtet die Studie die Themen Unterbringung, Versorgung, Betreuung, Integration und Rückkehr von unbegleiteten Minderjährigen nach der Klärung ihres aufenthaltsrechtlichen Status. Die Studie geht außerdem auf die Problematik des Verschwindens bzw. Untertauchens von unbegleiteten Minderjährigen und auf die Regeln zu Familienzusammenführung und Familiennachzug ein.

Unbegleitete Minderjährige fallen unter das Kinder- und Jugendhilferecht und werden wie andere minderjährige Personen durch das reguläre Jugendhilfesystem untergebracht, versorgt und betreut. Dies bedeutet auch, dass die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen nicht in erster Linie von der Entscheidung über ihren aufenthaltsrechtlichen Status abhängig gemacht wird. Allerdings spielt der Aufenthaltsstatus immer wieder eine Rolle, insbesondere wenn es um Integrations- und Teilhabemöglichkeiten oder die Möglichkeit der Familienzusammenführung geht. Mit dem Übergang zur Volljährigkeit und den damit verbundenen rechtlichen Änderungen wird der Aufenthaltsstatus dann entscheidend.

Reisen Kinder oder Jugendliche unbegleitet nach Deutschland ein, werden sie von der Kinder- und Jugendhilfe in Obhut genommen. Seit 2015 ist die Inobhutnahme für unbegleitete Minderjährige mehrstufig geregelt: bei Ankunft werden sie vom Jugendamt vor Ort vorläufig in Obhut genommen. Innerhalb einer kurzen Frist wird bewertet, ob sie an diesem Ort bleiben oder bundesweit verteilt werden. Nach der Verteilung oder dem Ausschluss von der Verteilung erfolgt die reguläre Inobhutnahme, während derer in einem sog. Clearingverfahren die Situation des bzw. der unbegleiteten Minderjährigen sowie die weitere Unterbringung und sonstige Hilfemaßnahmen geklärt werden.

Der Integration von unbegleiteten Minderjährigen wird in Deutschland eine hohe Priorität eingeräumt. Es besteht ein Recht auf Schulbesuch, allerdings ist der Zugang zu Schulen je nach Bundesland und teilweise auch je nach Kommune unterschiedlich geregelt. Es gibt kaum spezifische schulische Angebote für unbegleitete Minderjährige, aber verschiedene Integrationsmaßnahmen für neu zugewanderte Jugend-

liche. Die meisten unbegleiteten Minderjährigen sind jedoch bei ihrer Einreise bereits 16 Jahre oder älter. Da die Frage nach Ausbildung und Arbeit häufig erst kurz vor der Volljährigkeit relevant wird, werden hier indirekt auch Fragen des Aufenthaltsrechtes wichtig: beispielsweise hängt es häufig von der Bleibeperspektive ab, ob Leistungen der Ausbildungsförderung erteilt werden oder ob überhaupt eine Genehmigung zur Aufnahme der Ausbildung erteilt wird.

Eine Rückkehr von unbegleiteten Minderjährigen in das Herkunftsland oder in einen anderen Staat kann sowohl freiwillig als auch zwangsweise erfolgen. Vor einer Abschiebung müssen Behörden sich jedoch vergewissern, dass die Übergabe sowie Betreuung der Minderjährigen im Rückkehrstaat durch ein Familienmitglied, eine sorgeberechtigte Person oder eine geeignete Aufnahmeeinrichtung sichergestellt ist. In der Praxis ist diese Vergewisserungspflicht oft kaum erfüllbar, weshalb es zwischen 2012 und 2017 zu keiner Abschiebung von unbegleiteten Minderjährigen kam. Die freiwillige Rückkehr von unbegleiteten Minderjährigen ist im Aufenthaltsrecht nicht geregelt. Rückkehrberatungsstellen oder die Ausländerbehörde können Möglichkeiten für eine Förderung der Rückkehr z. B. durch das sog. REAG/GARP-Programm zur Förderung der freiwilligen Ausreise aufzeigen. Die Publikation ist für 2018 Sommer vorgesehen

Illegale Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortliche: Julian Tangermann,
Janne Grote

Im Fokus der Studie steht die illegale Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen als Teilbereich der illegalen Beschäftigung und der informellen Wirtschaft im Allgemeinen. Es werden der Umfang, vorhandene präventive Maßnahmen sowie die zentralen Kontrollbehörden, ihr rechtlicher Auftrag und ihre Zusammenarbeit dargestellt. Darüber hinaus werden die Folgen illegaler Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen sowohl für Arbeitgeber als auch die Beschäftigten herausgearbeitet.

Die Eindämmung illegaler Beschäftigung im Allgemeinen wird in Deutschland maßgeblich durch das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz geregelt. Es legt die Kompetenzen der für Prüfungen zuständigen Behörden fest, gibt Art und Umfang ihrer Zusammenarbeit vor und definiert die Bußgeld- und Strafvorschriften bei Verstößen. Zudem beinhalten das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz Bußgeld- bzw. Strafvorschriften, die sich explizit der illegalen Beschäftigung annehmen, und die in Verbindung mit entsprechenden Regelungen im Aufenthaltsgesetz den rechtlichen Rahmen zur Ahndung

und Verfolgung von Arbeitgebern von illegal beschäftigten Drittstaatsangehörigen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus Drittstaaten bieten.

Bisher fehlen belastbare wissenschaftliche Untersuchungen, Schätzungen oder Erfassungen zum Umfang der illegalen Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland, sodass eine Aussage über ihren quantitativen Anteil an der in Deutschland verübten illegalen Beschäftigung insgesamt nicht getroffen werden kann.

Zentral zuständig für die Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse ist die Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls mit Einheiten an allen Hauptzollämtern. Daneben sind in Deutschland weitere Akteure an der Eindämmung der informellen Wirtschaft, zu der auch illegale Beschäftigung zählt, beteiligt. Für die Bekämpfung ihrer kriminellen Erscheinungsformen sind insbesondere die Polizeien (v. a. im Bereich der organisierten Kriminalität und Wirtschaftskriminalität) und die Landesfinanzbehörden (v. a. im Bereich der Steuerhinterziehung) verantwortlich.

Illegale Beschäftigung findet sich in fast allen Wirtschaftsbereichen, v. a. aber in den lohnintensiven Wirtschaftszweigen, wie der Fleisch- und Forstwirtschaft oder dem Bau-, Gaststätten-, Personenbeförderungs-, Speditions-, Transport-, Gebäudereinigungs- oder Schaustellergewerbe. Die besonders betroffenen Branchen sind in § 2a des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes aufgeführt.



Präventionsmaßnahmen haben in der Regel allgemeinen Charakter und zielen nur selten explizit auf Drittstaatsangehörige. Es handelt sich in erster Linie um Informationskampagnen für Arbeitgeber, die über die Nachteile und Risiken illegaler Beschäftigung aufklären, sowie um Rechtsberatungsangebote für illegal beschäftigte Drittstaatsangehörige.

Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ohne die entsprechenden Aufenthaltstitel oder Berechtigung zur Erwerbstätigkeit beschäftigt sind, können ordnungswidrigkeiten- und strafrechtlich belangt werden. Für Arbeitgeber, die illegal Drittstaatsangehörige beschäftigen, können Bußgelder von bis zu 500.000 Euro verhängt werden. Bei verschiedenen Verstößen im Zusammenhang mit illegaler Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen, vor allem ab einem bestimmten Grad der Schwere des Verstoßes, drohen darüber hinaus strafrechtliche Sanktionen, wie zum Beispiel Haftstrafen oder Ausschlüsse von öffentlichen Aufträgen und Subventionen. Die Sozialversicherungsträger fordern nicht gezahlte Beiträge zur Sozialversicherung nach.

Die Folgen für drittstaatsangehörige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer reichen von Geldbußen über Freiheitsstrafen bis hin zur Aufenthaltsverkürzung, Ausweisung und Abschiebung. Illegal beschäftigte Drittstaatsangehörige – ob erlaubt oder unerlaubt aufhältig – haben jedoch grundsätzlich das Recht, nicht erhaltene Vergütung für ihre verrichtete Arbeit beim Arbeitsgericht einzuklagen. Gewerkschaftliche Anlauf- und Beratungsstellen in mehreren deutschen Städten bieten Interessenvertretung und Rechtsberatung an. Häufig wird eine außergerichtliche Einigung mit dem Arbeitgeber angestrebt, um langwierige Gerichtsverfahren zu vermeiden.

→ Veröffentlichung

Tangermann, Julian/Grote, Janne (2017): Illegale Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 74, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (liegt auch in englischer Sprache vor)

2.3 Forschungsschwerpunkt Migration und Asyl, Migrationssteuerung

Die veränderte Fluchtmigration in den Jahren 2014 bis 2016: Reaktionen und Maßnahmen in Deutschland

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortlicher: Janne Grote

Von 2014 bis Juni 2017 kamen circa 1,5 Millionen Schutzsuchende nach Deutschland, ein Großteil davon im Zeitraum Juli 2015 bis Februar 2016. Die hohe Anzahl der Einreisen in verhältnismäßig kurzer Zeit führte zu einer deutlichen Überlastung auf vielen Ebenen, beispielsweise bei der Unterbringung, der Annahme und Bearbeitung der Asylanträge oder beim Zugang zu Integrationskursen.

Die Studie zeichnet zunächst wichtige flüchtlingspolitische Entwicklungen nach, die sich sowohl auf nationaler als auch in Bezug auf weitere EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten vollzogen haben. Das umfasst unter anderem die Grenzschließungen entlang der Balkanroute, die EU-Türkei-Erklärung, das EU-Relocation-Verfahren, die Unterstützung



der EU-Außengrenzkontrollen sowie Frontex-Einsätze insbesondere durch die Bundespolizei.

Innerhalb Deutschlands wurden wiederum Dutzende bundesweite, Hunderte regionale und Tausende lokale Maßnahmen und Projekte staatlicher und nicht-staatlicher Akteure initiiert. Die Studie konzentriert sich auf die entstandenen Herausforderungen und die ergriffenen Maßnahmen in insgesamt acht Themenfeldern: Grenzkontrollen, Unterbringung, erste Unterstützungsleistungen, Registrierung, Asylverfahren, Infrastruktur und Personal, Sicherheit und Strafverfolgung sowie Integrationsmaßnahmen vor Beendigung der Asylverfahrens. Dabei wurde eine Auswahl an 100 Maßnahmen getroffen, die einen möglichst breiten Überblick geben sollen. Sie reichen von erweiterten Regelstrukturen, der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, der Ehrenamtskoordinierung, über einen früheren Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt für bestimmte Herkunftsgruppen, bis hin zu restriktiven Maßnahmen für Asylantragstellende aus sicheren Herkunftsstaaten und die Einschränkung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte.

Zwar ging ab Frühjahr 2016 die Anzahl neuankommender Asylsuchender stark zurück, für zahlreiche Bereiche hielt die hohe Arbeitsbelastung aufgrund der nachgelagerten Prozessschritte und des Rückstaus allerdings auch 2017 an. Die Arbeit in den Bereichen, in denen bereits eine Entlastung zu verzeichnen war, war wiederum dadurch geprägt, dass Prozesse konsolidiert, neu geschaffene Strukturen stabilisiert, Mitarbeitende und ehrenamtlich Tätige entlastet, Abläufe vereinheitlicht, Qualitätsstandards (wieder-)eingeführt, Beschäftigte nachgeschult und der Austausch unter den einzelnen Akteuren intensiviert wurden.

Zahlreiche Akteure ziehen aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre erste Lehren, wie sie mit einer möglichen Zunahme der Fluchtmigration nach Deutschland zukünftig umgehen können. Ein Teil der geplanten Maßnahmen zielt beispielsweise darauf ab, geschultes Personal und die asylspezifischen Qualifikationen dauerhaft sicherstellen zu können (z. B. ‚atmende Behörde‘), andere Maßnahmen zielen wiederum darauf ab, Strukturen und Prozesse weiter zu reformieren und das Verwaltungshandeln künftig weiter zu flexibilisieren (z. B. Digitalisierung des Asylverfahrens).

→ Veröffentlichung

Grote, Janne (2018): Die veränderte Fluchtmigration in den Jahren 2014 bis 2016: Reaktionen und Maßnahmen in Deutschland. Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 79 des Forschungszentrums des Bundesamtes, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (liegt auch in englischer Sprache vor)

Rückkehrpolitik in Deutschland im Kontext europarechtlicher Vorschriften

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortliche: Paula Hoffmeyer-Zlotnik

In Folge der hohen Zuzugszahlen von Schutzsuchenden in den Jahren 2015 und 2016, durch die auch die Zahl der abgelehnten Asylanträge stieg, ist die Rückkehr von Personen ohne Aufenthaltsrecht zur politischen Priorität und zu einem kontrovers diskutierten Thema geworden. Sowohl die Bundesregierung als auch die Europäische Union (EU) haben seit 2015 verstärkt Initiativen in der Rückkehrpolitik ergriffen. Dabei zielt die EU-Kommission (KOM) darauf ab, die „effektive Rückkehr-Rate“, also den Anteil der tatsächlich zurückgekehrten Personen an allen Ausreisepflichtigen, zu steigern. Die deutsche Bundesregierung behandelt die Rückkehr derjenigen, deren Asylantrag in Deutschland abgelehnt wurde, als Priorität.

Die Studie beleuchtet wichtige Aspekte der deutschen Rückkehrpolitik und setzt diese in den Kontext europarechtlicher Vorschriften – von der Rückkehrentscheidung über die Möglichkeiten zur freiwilligen Rückkehr bis hin zur Abschiebung. Dabei orientiert sie sich an den Vorschriften der EU-Rückführungsrichtlinie und an der Empfehlung der EU-Kommission zur Rückkehrpolitik. Ziel der Studie ist es



zu dokumentieren, inwieweit die Richtlinie die rechtlichen Vorgaben in Deutschland verändert hat, und inwiefern die einzelnen Empfehlungen der EU-Kommission sich mit der Situation in Deutschland überschneiden oder davon abweichen.

Die EU-Rückführungsrichtlinie von 2008 enthält als Kernstück der europäischen Rückkehrpolitik gemeinsame Normen und Verfahren, die die Mitgliedstaaten bei der Rückführung „irregulär aufhältiger Drittstaatsangehöriger“ anwenden. Zu den wesentlichen Inhalten der Richtlinie gehört die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, gegen alle irregulär aufhaltigen Drittstaatsangehörigen eine Rückkehrentscheidung zu erlassen und ihnen gleichzeitig eine Frist zur freiwilligen Ausreise einzuräumen, bevor die Rückkehrentscheidung durchgesetzt wird. Daneben enthält die Rückführungsrichtlinie Regeln zur Abschiebungshaft, zu Verfahrensgarantien und Rechtsbehelfen und zur Verhängung von Wiedereinreiseverboten. Obwohl die Rückführungsrichtlinie die Vergemeinschaftung der Rückkehrpolitik in der EU zum Ziel hat, setzt sie in vielen Bereichen lediglich Mindeststandards oder gibt den Mitgliedstaaten weiten Spielraum, wie sie bestimmte Vorgaben anwenden.

Die Rückführungsrichtlinie hatte in Deutschland je nach Bereich unterschiedliche Auswirkungen auf die rechtlichen Vorgaben: Wichtige Änderungen ergaben sich bei der Frist zur selbstständigen Ausreise, der Definition von Fluchtgefahr, insbesondere als Grundlage der Anordnung von Abschiebungshaft, bei der Durchführung von Abschiebungshaft und bei den Bestimmungen zu Wiedereinreiseverboten. Wenig bis keinen Anpassungsbedarf gab es bei der Richtlinienumsetzung mit Blick auf die Bestimmungen zum Erlass der Rückkehrentscheidung bzw. Abschiebungsandrohung, die Möglichkeiten zur Einlegung von Rechtsmitteln sowie hinsichtlich der Regelungen zum Umgang mit besonders Schutzbedürftigen und mit medizinischen Abschiebungshindernissen. Allerdings ergaben sich einige der in der Praxis bedeutsamsten Änderungen nach der Umsetzung der Richtlinie durch europäische und nationale Rechtsprechung, insbesondere bei der Abschiebungshaft und der Verhängung von Wiedereinreiseverboten. Seit dem Jahr 2015 werden zudem verstärkt, wenn auch bisher nur für wenige Staaten, EU-Reisedokumente für die Rückführung verwendet.

Daneben wird die Umsetzung europäischer Vorgaben im Bereich der

Rückkehr auch von der föderalen Struktur geprägt, da die Bundesländer für die Organisation von Abschiebungen und auch Abschiebungshaft zuständig sind. Die Verwaltungspraxis zwischen Bundesländern und einzelnen Ausländerbehörden kann sich dabei auch bei einheitlichen europarechtlichen und bundesrechtlichen Vorgaben unterscheiden.

➔ Veröffentlichung

Hoffmeyer-Zlotnik, Paula (2017): Rückkehrpolitik in Deutschland im Kontext europarechtlicher Vorschriften. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 77, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (liegt auch in englischer Sprache vor)

Evaluation des Bundesprogramms „StarthilfePlus“ zur Förderung der freiwilligen Rückkehr

Projektverantwortliche:
Maria Bitterwolf, Tatjana Baraulina

In Ergänzung des Bund-Länder-Programms REAG/GARP (Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany/Government Assisted Repatriation Programme) führte die Bundesregierung im Februar 2017 das Rückkehrförderprogramm „StarthilfePlus“ ein. Dieses Programm bietet insbesondere für Personen mit geringen Er-

Abbildung 7: Befragung von Rückkehrern in zwölf Ländern



folgschancen im Asylverfahren einen finanziellen Anreiz für die frühzeitige Entscheidung zur freiwilligen Rückkehr. Darüber hinaus werden unter bestimmten Voraussetzungen auch Personen gefördert, die vollziehbar ausreisepflichtig, geduldet oder nach deutschem Recht schutzberechtigt sind. Für einen beschränkten Zeitraum (von Dezember 2017 bis Februar 2018) besteht darüber hinaus die Möglichkeit, eine zusätzliche Reintegrationsunterstützung in Form von Wohnzuschüssen zu beantragen.

Die wissenschaftliche Begleitung des Programms „StarthilfePlus“ erfolgt in einem Kooperationsprojekt zwischen dem Forschungszentrum und IOM. Das Forschungsprojekt zielt darauf, Erkenntnisse zu Rückkehrprozessen zu erlangen, die für die Weiterentwicklung von „StarthilfePlus“ und für die Ausrichtung der Rückkehrförderung insgesamt relevant sind. Untersucht wird, welche Umstände und Motive für die Entscheidung zur Rückkehr ausschlaggebend sind. Darüber hinaus sollen Erkenntnisse zur Lebenssituation von „StarthilfePlus“-Teilnehmenden ein halbes Jahr nach ihrer Rückkehr gewonnen werden. Es wird der Frage nachgegangen, unter welchen Voraussetzungen es Rückkehrern gelingt, erste Schritte der Reintegration erfolgreich zu bewältigen und inwiefern die finanzielle Förderung dazu beitragen kann.

Die Umsetzung des Forschungsprojektes basiert auf einer Kombination aus quantitativen und qualitativen Forschungsmethoden. Kernstück ist eine standardisierte internetbasierte Befragung von Rückkehrern in zwölf ausgewählten Zielstaaten sechs bis acht Monate nach der Ausreise aus Deutschland. Ergänzend zur quantitativen Befragung werden mit einer qualitativen Begleitstudie vertiefende Erkenntnisse über ausgewählte Aspekte des Rückkehrprozesses – insbesondere zu den Themen Rückkehrentscheidung und Reintegration – gewonnen. Die Datenerhebung ist im Jahr 2018 vorgesehen, eine Publikation der Ergebnisse ist für Anfang 2019 geplant.

In Kooperation mit:



International Organization for Migration (IOM)
The UN Migration Agency

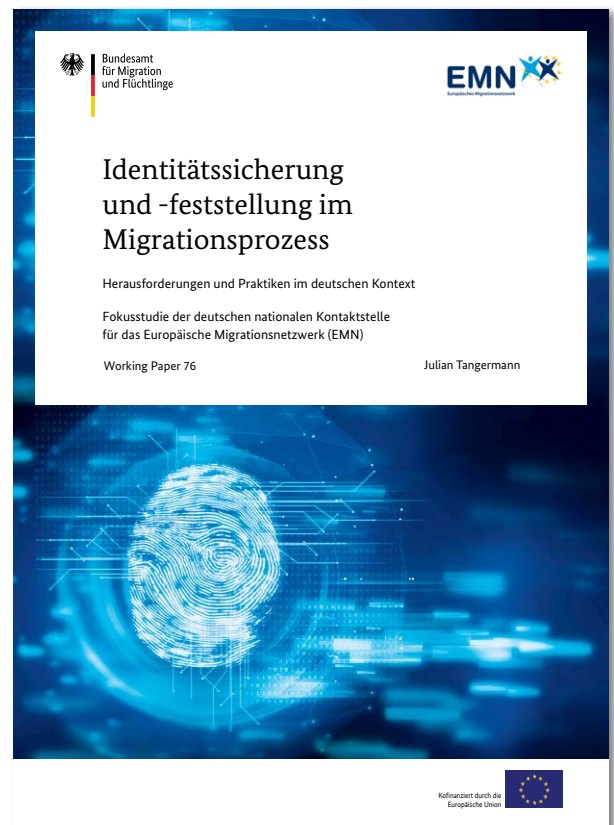
Identitätssicherung und -feststellung im Migrationsprozess

(EMN-Studie siehe auch 5.1)

Projektverantwortlicher: Julian Tangermann

Die Studie betrachtet das Thema der Identitätssicherung und -feststellung im Bereich Asyl, bei der Abschiebung, sowie bei der Erteilung von Visa und Aufenthaltserlaubnissen. Die Identitätssicherung und -feststellung nimmt in diesen verschiedenen Migrationsprozessen einen jeweils anderen Stellenwert ein. Zudem sind auch die Herausforderungen, vor denen die jeweils zuständigen Behörden stehen, andere. Mit der verstärkten Zuwanderung im Asylbereich seit 2014 ergaben sich für identitätssichernde und -feststellende Maßnahmen bei Asylsuchenden Herausforderungen. Diesen wurde durch logistische, verwaltungstechnische und rechtliche Änderungen begegnet, z.B. durch die Inbetriebnahme der einheitlichen Erfassungsstationen, die Einführung des Ankunftsnahtweises oder die Ausweitung der Dokumentenprüfung in den Außenstellen des BAMF.

Im Bereich Abschiebung liegt die Herausforderung bei fehlenden und nicht zu beschaffenden Identitätsdokumenten, wodurch Abschiebungen nicht vollzogen werden können. Im Visumverfahren und bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen hingegen zeigen sich weniger akute Herausforderungen.



Der rechtliche Rahmen wurde in den letzten Jahren immer wieder verändert, wobei die Möglichkeit der Identitätssicherung und -feststellung für die zuständigen Behörden erweitert, die Mitwirkungspflicht für die betroffenen Personen intensiviert und der Austausch personenbezogener Daten zur Identitätsfeststellung und -überprüfung vereinfacht wurden.

Im Zusammenhang mit der stärkeren Einwanderung der letzten Jahre wurden und werden auch neue Methoden der Identitätsfeststellung entwickelt, wie z. B. das Auslesen von Datenträgern durch die ABHn und das BAMF oder die sprachbiometrische Software zum automatischen Erkennen von Sprache mit ihren Dialekten von Asylantragstellenden.

Schließlich zeigen die beleuchteten Debatten zum Thema allgemein aber auch zu spezifischen Maßnahmen, wie z.B. der Identitätssicherung bei Kindern oder der Sprachbiometrie-Software im Asylverfahren, dass es politisch und gesellschaftlich unterschiedliche Auffassungen gibt, wie mit Fragen der Identitätssicherung und -feststellung umgegangen werden soll.

→ Veröffentlichung

Tangermann, Julian (2017): Identitätssicherung und -feststellung im Migrationsprozess. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), Working Paper 76, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (liegt auch in englischer Sprache vor)

2.4 Forschungsschwerpunkt Muslime in Deutschland

Muslimisches Leben in Deutschland 2016 (MLD 2016)

Projektverantwortliche: Rebekka Risch, Steffen Rotermund, Dr. Anja Stichs, Marieke Volkert

Die Studie Muslimisches Leben in Deutschland 2016 (MLD 2016) wurde im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) durchgeführt. Auf Basis eines standardisierten Fragebogens wurden bundesweit mehr als 2.000 Musliminnen und Muslime aus den sechs Herkunftsregionen Türkei, Südosteuropa, Naher Osten, Iran, Nordafrika und Süd-/Südostasien telefonisch befragt. Im Zusammenhang mit dem von der DIK in der Legislaturperiode von 2013 bis 2017 bearbeiteten Themenschwerpunkt islamische Wohlfahrtspflege vertieft die Studie insbesondere die Nutzung und das Interesse an Angeboten in den Bereichen Altenpflege sowie

vorschulische Kinderbetreuung. Weiterhin wurde im Rahmen des Projekts auch die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime durch eine neue Hochrechnung bestimmt und 2016 veröffentlicht (Working Paper 71).

Das im Sommer 2017 erschienene Working Paper 75 gibt Einblicke über das Informationsverhalten und die Akzeptanz von Pflegearrangements im Bereich der Altenpflege bei Muslimen. Wichtiges Ergebnis der Analysen ist, dass sich die große Mehrheit der muslimischen Befragten professionelle Unterstützung bei der Pflege ihrer Angehörigen wünscht. Allerdings nimmt nur eine Minderheit der Befragten mit Pflegefall in der Familie entsprechende Leistungen in Anspruch. Auch wird deutlich, dass es der Mehrheit der muslimischen Befragten wichtig ist, dass bei der Gestaltung der Altenpflege auf verschiedene religions- und kulturspezifische Bedürfnisse Rücksicht genommen wird. Dies betrifft insbesondere die Beachtung muslimischer Speisegebote, den Respekt des muslimischen Glaubens sowie die Bereitstellung muttersprachlicher Angebote.

Den Abschluss in der Veröffentlichungsreihe des Projekts bildet das Working Paper 78 über die Inanspruchnahme und Bewertung vorschulischer Kinderbetreuungsangebote von Seiten muslimischer Familien. Die Ergebnisse zeigen, dass externe Betreuungsangebote eine hohe Akzeptanz erfahren, sobald die Kinder ein gewisses Alter erreicht haben. Fast 90 % der drei- bis unter sechsjährigen Kinder aus muslimischen Familien besuchen einen Kindergarten. Wichtig-



tes Motiv muslimischer Eltern für die Inanspruchnahme externer Betreuungsangebote ist der Wunsch, die Teilhabechancen ihrer Kinder zu verbessern. Dies betrifft etwa die Förderung der deutschen Sprachkenntnisse und die Intensivierung von Kontakten zu Kindern ohne Migrationshintergrund. Jüngere Kinder im Krippenalter werden hingegen mehrheitlich zu Hause betreut.

Nach Veröffentlichung der drei Working Paper sowie eines Methodenberichts wurde das Projekt Ende 2017 abgeschlossen. Ab 2018 wird ein umfassendes Folgeprojekt vorbereitet. Wie bereits in der Vorgängerstudie MLD 2008 sollen u.a. für Vergleichszwecke Muslime sowie sonstige Religionsangehörige aus muslimisch geprägten Herkunftsländern befragt werden.

Im Auftrag der:



→ Veröffentlichung:

Volkert, Marieke/Risch, Rebekka (2017): Altenpflege für Muslime. Informationsverhalten und Akzeptanz von Pflegearrangements. Working Paper 75 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg.

Stichs, Anja/Rotermund, Steffen (2017): Vorschulische Kinderbetreuung aus Sicht muslimischer Familien. Eine Untersuchung über die Inanspruchnahme und Bedürfnisse in Hinblick auf die Ausstattung. Working Paper 78 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg.

Volkert, Marieke (2017): Methodenbericht Muslimisches Leben in Deutschland 2016. Forschungszentrum des Bundesamtes. Nürnberg.

Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“

Projektverantwortliche: Milena Uhlmann

Die im BAMF angesiedelte Beratungsstelle „Radikalisierung“ wurde mit der Freischaltung einer Beratungshotline für Ratsuchende aus dem sozialen Umfeld sich potenziell islamistisch bzw. jihadistisch radikalisierender Personen am 01.01.2012 offiziell eröffnet. Sie bietet den ratsuchenden Personen eine Erstberatung zur grundsätzlichen Klärung der



Situation. Liegen Hinweise darauf vor, dass es sich tatsächlich um einen Fall islamistisch bzw. jihadistisch motivierter Radikalisierung handelt, vermittelt die Beratungsstelle eine weitergehende, persönliche Beratung durch einen zivilgesellschaftlichen „Partner vor Ort“. In so genannten sicherheitsrelevanten Fällen – etwa wenn eine Ausreise in eine Region geplant ist, in der jihadistische Gruppen operieren – wird auch mit den entsprechenden Sicherheitsbehörden Kontakt aufgenommen.

Die Evaluation der Arbeit der Beratungsstelle lief von April 2016 bis August 2017. Gegenstand der Evaluation waren die im Zeitraum des fünfjährigen Bestehens der Beratungsstelle (01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2016) geleistete Beratungsarbeit der Beratungsstelle und ihrer bundesfinanzierten „Partner vor Ort“ sowie ihre Kooperation untereinander und im weiteren Deradikalisierungsnetzwerk. Zweck der Evaluation war es, Optimierungspotentiale zu identifizieren und Empfehlungen für die Nutzung dieser Potentiale zu geben. Die Evaluation trägt somit dazu bei, die Beratungsarbeit und die Kooperation im Netzwerk zu reflektieren, wo notwendig nachzujustieren und in ihrer Wirkung zu stärken.

Der aus dieser performativen Evaluation hervorgegangene Forschungsbericht beschreibt zunächst die Entstehungsgeschichte, den Ansatz und die Bedeutung des Kooperationsnetzwerks der Beratungsstelle „Radikalisierung“. Er nimmt Klärungen bezüglich zentraler Begriffe wie „Radikalisierung“, „Deradikalisierung“ und „Standard“ vor. Er thematisiert die Begriffe „Best practice“ und „Erfolg“ und stellt die bei der Evaluation entwickelte Standardsystematik vor. So legt er den Grundstein für eine zukünftige umfassende Wirkungsanalyse.

Im Auftrag des:



Bundesministerium
des Innern



Veröffentlichung:

Uhlmann, Milena (2017): Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“ – Abschlussbericht. Forschungsbericht 31, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (liegt auch in englischer Sprache vor)

Die große Bandbreite hauseigener Publikationen richtet sich an die Politik, die Fachöffentlichkeit und die allgemeine Öffentlichkeit. Daneben wird die Expertise der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Forschungszentrums aber auch extern immer stärker nachgefragt. Dies spiegelt sich in der Zahl der externen Publikationen, beispielsweise den Beiträgen in nationalen und internationalen Fachzeitschriften, wider.

3

Publikationen

3.1 Interne Publikationen

Stichs, Anja/Rotermund, Steffen (2017): Vorschulische Kinderbetreuung aus Sicht muslimischer Familien – Eine Untersuchung über die Inanspruchnahme und Bedürfnisse in Hinblick auf die Ausstattung. – Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Working Paper 78, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Volkert, Marieke/Risch, Rebekka (2017): Altenpflege für Muslime – Informationsverhalten und Akzeptanz von Pflegearrangements. – Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Working Paper 75, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Scheible, Jana A./Rother, Nina (2017): Schnell und erfolgreich Deutsch lernen – wie geht das? Erkenntnisse zu Determinanten des Zweitspracherwerbs unter besonderer Berücksichtigung von Geflüchteten. Working Paper 72, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Neske, Matthias (2017): Volljährige Asylantragsteller in Deutschland im ersten Halbjahr 2017. Sozialstruktur, Schulbesuch und ausgeübte Berufstätigkeiten. Kurzanalyse 03/2017, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Neske, Matthias (2017): Volljährige Asylantragsteller in Deutschland im Jahr 2016. – Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit. Kurzanalyse 02/2017, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Worbs, Susanne/Baraulina, Tatjana (2017): Geflüchtete Frauen in Deutschland: Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt. Kurzanalyse 01/2017, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Jacobsen, Jannes/Siegert, Manuel (2017): Anerkennung beruflicher Qualifikationen, in: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. For-

schungsbericht 30, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S. 47-50.

Kroh, Martin/Böhm, Axel/Brücker, Herbert/Jacobsen, Jannes/Kühne, Simon/Liebau, Elisabeth/Scheible, Jana A./Schupp, Jürgen/Siegert, Manuel/Trübswetter, Parvati (2017): Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Studiendesign und Feldergebnisse der Welle 1 (2016), in: Brücker, Herbert et al. (Hg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Forschungsbericht 30, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 17-24.

Kroh, Martin/Böhm, Axel/Brücker, Herbert/Jacobsen, Jannes/Kühne, Simon/Liebau, Elisabeth/Scheible, Jana A./Schupp, Jürgen/Siegert, Manuel/Trübswetter, Parvati (2017): Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Studiendesign und Feldergebnisse der Welle 1 (2016), in: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Forschungsbericht 30, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S. 17-24.

Liebau, Elisabeth/Siegert, Manuel (2017): Bildungsaspirationen, in: Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Forschungsbericht 30, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S. 50-53.

Rother, Nina/Schacht, Diana/Scheible, Jana A. (2017): Sprachpotenziale: Sprachkenntnisse und Alphabetisierungsgrad von Geflüchteten, in: Brücker, Herbert et al. (Hg.): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Forschungsbericht 30, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 32-40.

Im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerkes

Hoffmeyer-Zlotnik (2017): Rückkehrpolitik in Deutschland im Kontext europarechtlicher Vorschriften. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) Working Paper 77 Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Tangermann, Julian (2017): Identitätssicherung und -feststellung im Migrationsprozess – Herausforderungen und Praktiken im deutschen Kontext. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) Working Paper 76, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Tangermann, Julian/Grote, Janne (2017): Illegale Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) Working Paper 74, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Grote, Janne (2017): Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland. Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) Working Paper 73, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Thiem, Lena/Köhrer, Ellen/Grote, Janne/Tangermann, Julian/Hoffmeyer-Zlotnik, Paula/Kreienbrink, Axel/Kohlmeier, Manfred (2017): Tagungsdokumentation: Freiwillige Rückkehr im europäischen Kontext. Tagung der deutschen nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) am 04. Mai 2017 in Berlin. Online: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/emn-tagungsband-rueckkehr-2017.html>

3.2 Externe Publikationen

Beiträge in Sammelbänden

Baier, Andreea/Babka von Gostomski, Christian/Böhm, Axel/Neske, Matthias/Rich, Anna-Katharina/Rother, Nina/Scheible, Jana A./Siegert, Manuel/Worbs, Susanne (2017): Kann die Flüchtlingszuwanderung zur Behebung des Fachkräftemangels beitragen? Erkenntnisse aus der Forschung zu Qualifikationen von Flüchtlingen, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Faire Fachkräftezuwanderung nach Deutschland – Grundlagen und Handlungsbedarf im



Kontext eines Einwanderungsgesetzes. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 131-142.

Kollender, Ellen/Grote, Janne (2017): „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“ – Zusammenhänge von Sprache und Rassismus, in: Detzner, Milena/Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian (Hg.): Rassismuskritik – Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen. Düsseldorf: IDA – Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V., 92-95.

Kreienbrink, Axel/Worbs Susanne (2018): „Amtliche“ Wissenschaft im Schnittfeld verschiedener Öffentlichkeiten. Das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, in: Stefan Selke / Annette Treibel (Hg.): Öffentliche Gesellschaftswissenschaften. Grundlagen, Anwendungsfelder und neue Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, 237-253..

Beiträge in nationalen bzw. internationalen Zeitschriften

Böhm, Axel (2017): Was bewegt geflüchtete Menschen in Deutschland? Migrationsmotive, Sorgen und Zukunftsorientierungen, in: Migration und Soziale Arbeit 4/2017, 357-364.

Kogan, Irena/Shen, Jing/Siegert, Manuel (2017): What Makes a Satisfied Immigrant? Host-Country Characteristics and Immigrants' Life Satisfaction in Eighteen European Countries, in: *Journal of Happiness Studies*, online first; <https://doi.org/10.1007/s10902-017-9896-4>.

Konar, Özlem/Kreienbrink, Axel/Stichs, Anja (2017): Zuwanderung und Integration. Aktuelle Entwicklungen, Zahlen, Maßnahmen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Jg. 67, 27-29, 13-20.

Kreienbrink Axel (2017): L'intégration des migrants et des réfugiés - quelques commentaires reflétant le point de vue allemand, in: *Revue d'Économie du Développement* 25(1), 135-141.

Kreienbrink, Axel (2017): Migration und Flucht - Erklärungen und aktuelle Entwicklungen, in: *Lebendiges Zeugnis* 72(1), 5-13.

Worbs, Susanne (2017): Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland. Was sie mitbringen, wo und wie sie leben, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 44, Heft 2/2017: „Flüchtlinge – Zwischen Ankommen und Zusammenleben“, 32-43.

Kroh, Martin/Kühne, Simon/Siegert, Manuel (2017): Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, in: *DAGS-tat-Bulletin*, Ausgabe 19: Juni 2017, 2-3.

Stichs, Anja (2017): Zahlen widerlegen sprunghaften Anstieg. In: *PERSONALquarterly* 03/2017, 54.

Uhlmann, Milena/Weilnböck, Harald (2017): Thesenpapier 20 Prinzipien guter Praxis. Erstellt anlässlich des Eröffnungsvortrags „Zum internationalen Stand der Extremismus-prävention in Europa – Ansätze und Erfahrungen“ der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg vom 04.-05.12.2017 in Mannheim. Online: http://cultures-interactive.de/tl_files/publikationen/Fachartikel/2017_Thesenpapier_Tagung%20bpb-lpb%20Mannheim_20-Prinzipien-guter-Praxis.pdf.

Worbs, Susanne (2017): Doppelte Staatsangehörigkeit in Deutschland: Zahlen und Fakten. Kurzdossier für die Bundeszentrale für politische Bildung, Online: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/254191/doppelte-staatsangehoerigkeit-zahlen-und-fakten?p=0> (12.09.2017).

Beiträge in sonstigen Medien (Online, Zeitungen, Broschüren etc.)

Kroh, Martin/Kühne, Simon/Jacobsen, Jannes/Siegert, Manuel/Siegers, Rainer (2017): Sampling, Nonresponse, and Integrated Weighting of the 2016 IAB-BAMF-SOEP Survey of Refugees (M3/M4), SOEP Survey Paper 477, Berlin: DIW SOEP.



4

Wissenstransfer

4.1 Besuchte Veranstaltungen (Auswahl)

Für das Forschungszentrum ist es wichtig, Forschungsergebnisse nicht nur zu publizieren, sondern diese mit Vertretern der Wissenschaft auch zu diskutieren und in einen fruchtbaren Austausch darüber zu treten. Daneben steht das Ziel, sich mit Partnern im In- und Ausland beständig weiter zu vernetzen. Zu diesem Zweck ist das Bundesamt nicht nur Ausrichter diverser Fachtagungen, sondern die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Forschungszentrums nehmen auch regelmäßig als Vortragende an nationalen und internationalen Veranstaltungen zu den Themen Integration, Migration und Flüchtlingsschutz teil und sind als Teilnehmer in Expertenworkshops und Fachgremien gefragt.

Mit Vortrag (auf Einladung)

Baraulina, Tatjana: „Junge Geflüchtete in und aus Afrika“, Vortrag und Teilnahme an der Podiumsdiskussion auf dem Fachtag „Geflüchtete“, Universität Kassel, 07.02.2017.

Böhm, Axel: „Erwartungen von Geflüchteten“, Vortrag auf der Tagung „Gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen. Realitäten auf kommunaler Ebene“, Akademie für Politische Bildung, Tutzing, 23.05.2017.

Böhm, Axel: „Was bewegt Schutzsuchende in Deutschland? Migrationsmotive, Sorgen und Zukunftsorientierungen“, Vortrag bei der DRK-Jahrestagung Nord/

Ost der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), Leipzig, 13.09.2017.

Grote, Janne: „Resettlement, humanitarian admission and private sponsorship programmes in Germany“, Vortrag auf der Tagung „Resettlement and humanitarian admission programmes in France and in the EU“ der französischen nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN), Paris, 06.10.2017.

Heß, Barbara: „Employment of Foreign Graduates of German Higher Education Institutions“, Vortrag bei der Tagung „Supporting successful workforce integration for international students“, Toronto, 25.-26.05.2017

Heß, Barbara: „Attracting (high) skilled labour migrants in Germany“, Vortrag bei der EMN-Jahreskonferenz „The EU in the Global Race for Talents“ der estnischen EU-Ratspräsidentschaft, Tallinn, 21.09.2017



Vortrag von Barbara Heß auf der EMN-Jahrestagung der estnischen EU-Ratspräsidentschaft in Tallinn.

Heß, Barbara: „Die Gruppe der Geflüchteten: qualifikatorische Voraussetzungen und individuelle Orientierungen“, Vortrag beim „Forum Berufsbildung 2017: Integrationsaufgabe Geflüchtete – Chance oder Risiko für die duale Berufsausbildung?“, Oldenburg, 14.11.2017.

Kreienbrink, Axel: „Tackling the mass influx of asylum seekers 2015/2016: Germany’s multifaceted response“, Vortrag bei „Borders in Globalization – 2nd International Conference“, Panel 6 – Canada Europe Dialogue on Migration (CEDoM), Ottawa, 07.12.2017.

Rother, Nina: „Flüchtlinge in Deutschland: Zahlen, Fakten, Hoffnungen“, Vortrag auf dem 15. Medienforum Migration des SWR, Stuttgart, 08.05.2017.

Scheible, Jana A.: „Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration“, Vortrag bei der Fachtagung „Angekommen – und dann?“, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und Institut für Sozialpädagogik Mainz (ism), Hannover, 26.10.2017.

Schneider, Hanne: „Qualifikationen von Asylbewerbern. Einblicke in die ‚sozialen Komponente‘ der Asylantragsstellung im Kontext migrationswissenschaftlicher Erkenntnisse“, Vortrag im Rahmen der Tagung „Qualifizierung für Menschen mit Migrationshintergrund“ des IQ Netzwerkes, Berlin, 21.09.2017.

Schneider, Hanne: „Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen – Erste Ergebnisse einer qualitativen Feldphase“, Vortrag auf der Jahrestagung „Verwaltungshandeln in der Flüchtlingskrise“ der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Nürnberg, 17.11.2017.

Siegert, Manuel: „The IAB-BAMF-SOEP Refugee Survey: Survey Design and First Results“, Vortrag auf der Tagung „Labor market and Economic perspectives on large-scale Migration in Sociology – LEMS 2017“, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Mannheim, 17.11.2017.

Stichs, Anja: „Muslimisches Leben in Deutschland“, Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe „Islam“ der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen sowie des Islambeauftragten des Bistums Dresden-Meißen, Eisenach, 09.05.2017.

Stichs, Anja: „Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen 2015 (RAM) – Stichprobenziehung und Response Rate“, Vortrag auf dem IMIRA - Pre-Conference Workshop des Robert Koch-Instituts im Rahmen der ASI Jahrestagung; Berlin, 09.11.2017.

Uhlmann, Milena: „Case study: Building evaluation capacity for P/CVE“, Vortrag im Rahmen des IMPACT Europe / Radicalisation Awareness Network (RAN) Joint EU Member States Representatives Evaluation Workshop, Utrecht, 25.04.2017.

Uhlmann, Milena: „What characterizes “best practices”? The design and criteria of (successful) programs of CVE“, Vortrag auf der Konferenz „Building an evidence-base for the prevention of radicalization and violent extremism“, Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK) und Institut für angewandte Präventionsforschung (dpt-i), Hannover, 16.-18.06.2017.

Uhlmann, Milena: „Evaluating a Public Private Partnership Deradicalization Program - Case Study Germany“, Impulsvortrag auf der Konferenz „Radicalization in Prisons: Sharing Best Practices across the Atlantic“, George Washington Program on Extremism und Delegation der Europäischen Union in den Vereinigten Staaten von Amerika, Washington D.C., 30.10.2017.

Uhlmann, Milena/ Weilnböck, Harald: „Zum internationalen Stand der Extremismusprävention in Europa – Ansätze und Erfahrungen“, Vortrag auf der Konferenz „Grenzenloser Salafismus - Grenzenlose Prävention?“, Bundeszentrale für politische Bildung und Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Mannheim, 04./05.12.2017.

Worbs, Susanne: „Flüchtlinge in Deutschland: Was wissen wir?“, Vortrag im Interkulturellen Zentrum der Arbeiterwohlfahrt, Dortmund, 14.06.2017.

Worbs, Susanne: „Geflüchtete Frauen in Deutschland“, Vortrag im Rahmen der Auftaktveranstaltung „Berufliches Empowerment für geflüchtete Frauen im Landkreis Böblingen“, Böblingen, 29.09.2017.

Worbs, Susanne: „Wir schaffen ... was? Zuflucht in Deutschland: Eine Zwischenbilanz“, Vortrag bei der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, Dessau, 19.10.2017.

Mit Vortrag (öffentliche Ausschreibung/Call for Papers)

Grote, Janne: „Germany’s multifaceted response to the changing influx of asylum seekers since 2014“, Vortrag auf der Metropolis Konferenz “Migration and Global Justice“, Workshop 5.1.5: “The changing influx of asylum seekers: EU Member State responses“, Den Haag, 21.09.2017.

Hoffmeyer-Zlotnik, Paula: „Opting out of Europe - what are the effects on protection standards?“, Vortrag auf der Konferenz „Beyond Crisis: Rethinking Refugee Studies“, Refugee Studies Centre, University of Oxford, 16./17.03.2017.

Kreienbrink, Axel: „Restriction, pragmatic liberalization, modernization: Germany’s multifaceted response to the asylum crisis“, Vortrag auf The Migration Conference 2017, Harokopio University, Athen, 24. August 2017.

Kreienbrink, Axel: „Data on refugees in Germany - gaps and ways to close the gaps“, Vortrag auf The Migration Conference 2017, Harokopio University, Athen, 25. August 2017.

Rother, Nina/Stichs, Anja: „Sampling Migrants - Advantages and Disadvantages of Different Strategies“, Vortrag auf dem CESSDA Data Discovery Workshop „Surveys of Immigrant Populations“, GESIS, Köln, 13./14.11.2017.

Rother, Nina/Worbs, Susanne: „Stichprobenziehung und Interviewdurchführung bei Migrantenstudien“, Vortrag auf dem 5. Europäischen Fachkongress für Familienforschung „Familie - Bildung - Migration“, Wien, 9.-11.11.2017.



Teilnahme an Podiumsdiskussionen

Baraulina Tatjana: „Wie verändert sich der europäische Multikulturalismus?“, Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Herbstgespräche“ des Deutsch-Russischen-Austauschs, der Heinrich-Böll-Stiftung und des Zentrum für Deutschland und Europastudien, Staatliche Universität Sankt-Petersburg, 30.09.2017.

Teilnahme an Fachgremien und Expertenworkshops

Babka von Gostomski, Christian: Migration Lunch Time „Kann Jamaika Einwanderungsgesetz?“, Bertelsmann Stiftung, Berlin, 11.12.2017.

Bitterwolf, Maria: Expert/innenrunde zur Diskussion der Ergebnisse der Studie „Von der Aufnahme zu gesellschaftlicher Teilhabe: Die Perspektive der Flüchtlinge auf ihre Lebenslagen in Deutschland“ des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration und der Robert-Bosch-Stiftung, Berlin, 09.08.2017

Böhm, Axel: „Erwartungen von Geflüchteten“, Vortrag beim zweiten IHK Netzwerktreffen der bayerischen Integrationsberater an der IHK Akademie Westerham, Feldkirchen-Westerham, 25.07.2017.

Grote, Janne: „Humanitarian admission programmes in Germany for beneficiaries of protection from Syria“, Beitrag im Webinar „Humanitarian admission in Europe“, European Resettlement Networks (ERN+). Online: <http://www.resettlement.eu/page/23-march-webinar-humanitarian-admission-europe>, 23.03.2017.

Grote, Janne: Round Table “Designing a model for humanitarian admission in Europe“, European Resettlement Network – ERN+, Berlin, 28.09.2017.



Vortrag von Frau Dr. Nina Rother und Frau Dr. Susanne Worbs auf dem 5. Europäischen Fachkongress für Familienforschung „Familie - Bildung - Migration“ in Wien. Foto: Christine Geserick

Grote, Janne: „Family Reunification as a Legal Channel for Refugee Protection in Germany“, Beitrag im Webinar „Legal Channels for Refugee Protection in Europe: A Pivotal Moment for Strategic Thinking“, Migration Policy Institut (MPI). Online: <https://www.migrationpolicy.org/events/legal-channels-refugee-protection-europe-pivotal-moment-strategic-thinking>, 12.10.2017.

Heß, Barbara: Impulsvortrag zur Entwicklung der Erwerbsmigration beim Werkstattgespräch Arbeitsmigration BMI, Bundesministerium des Innern, Berlin, 05.07.2017.

Konar, Özlem/Kreienbrink, Axel: Fachausschuss Bevölkerungsstatistik, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 14.02.2017.

Kreienbrink, Axel: 4. Symposium zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Arbeit und Soziales BMAS, Berlin, 10.01.2017.

Kreienbrink, Axel: Expert Forum: Return and Reintegration in the Migration Context, Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GIZ, Eschborn, 01.03.2017.

Kreienbrink, Axel: Migration LunchTime „Wie können wir mit der Vermischung von Flucht und Migration nachhaltig umgehen?“ Bertelsmann Stiftung, Berlin, 28.04.2017.

Kreienbrink, Axel: Expert workshop „Measuring Irregular Migration: innovative Data Practices“, International Organisation for Migration IOM, Berlin, 18./19.05.2017.

Kreienbrink, Axel: Expert Workshop „From Panic to Planning. Unpacking the policy toolbox to anticipate migration trends“, Organisation for Economic Co-Operation and Development OECD/European Asylum Support Office EASO, Paris, 16.06.2017.

Kreienbrink, Axel: Gutachtergremium zur BMBF-Förderinitiative „Migration und gesellschaftlicher Wandel“, Bundesministerium für Bildung und Forschung BMBF, Bonn, 28.06.2017.

Kreienbrink, Axel: Autumn Academy „Strategic Approaches on Migrants with Irregular Status in Europe“, Centre on Migration, Policy and Society COMPAS, University of Oxford, Oxford, 18.-21.09.2017.

Neske, Matthias: Workshop „Zuwanderung – Herausforderung für die Städtebauförderung“, empirica/BBR, Berlin, 26.01.2017.

Neske, Matthias/Rich, Anna-Katharina: Expertenworkshop „Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen“, Thünen-Institut, Braunschweig, 06.-07.03.2017.

Neske, Matthias/Schneider, Hanne: „Expertenworkshop zum geplanten Förderprogramm zur Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum“, Robert-Bosch-Stiftung, Berlin, 12.07.2017.

Rother, Nina: „The BAMF-Research Centre and key results of the IAB-BAMF-SOEP survey of refugees“, Vortrag beim Besuch des Europäischen Integrationsnetzwerkes in Deutschland, Nürnberg, 18.10.2017.

Scheible, Jana A.: Expertenworkshop „Neu Zugewanderte - eine Herausforderung für die Forschung“, Deutsches Jugendinstitut (DJI)/Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), München, 04.05.2017.

Scheible, Jana A.: „Geschlechterrollen von Geflüchteten in Deutschland – Ergebnisse aus der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten“, Vortrag bei der Bürgerdialogveranstaltung „Sag' wie hältst du's mit den Geschlechterrollen?“, Projektstelle „okay. zusammen leben“ der Vorarlberger Landesregierung, Götzis (Österreich), 17.05.2017.



Autumn Academy „Strategic Approaches on Migrants with Irregular Status in Europe“, Centre on Migration, Policy and Society COMPAS; Foto: © COMPAS

Stichs, Anja: Zukunftsgespräch „Gelebte Vielfalt: Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland“, Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend BMFSFJ, Berlin, 20.06.2017.

Tangermann, Julian: „Illegal employment of third-country nationals in the European Union - A study by the European Migration Network 2016“, Vortrag im Europäischen Parlament, Sitzung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), Brüssel, 28.11.2017.

Uhlmann, Milena: Co-Moderation Unterarbeitsgruppe 6 „Ständige Arbeitsgemeinschaft zur Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit der Bundeskoordinierungsstelle der zivilgesellschaftlichen Träger gegen Extremismus“ der „AG Deradikalisierung im GTAZ“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Berlin, 21./22.02.2017 und 27.03.2017.

Uhlmann, Milena: Vorstellung von Präventions- und Deradikalisierungsansätzen, -strukturen und -netzwerken in Deutschland in Bezug auf islamistische Radikalisierung und ihrer Evaluation, Anhörung vor der Rechtskommission des französischen Senats, Paris, 30.05.2017.

Uhlmann, Milena: 12. Sitzung der „AG Deradikalisierung im GTAZ“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Berlin, 06./07.09.2017.

Worbs, Susanne: Bund-Länder-Workshop „Erfolge und Herausforderungen der Integrationspolitik fundiert herausarbeiten“, Berlin, 02.06.2017

Worbs, Susanne: Bund-Länder-Fachgespräch „Integrationsberichterstattung und Integrations-monitoring“, Berlin, 21.11.2017.

Lehrveranstaltungen

Hoffmeyer-Zlotnik, Paula: Lehrauftrag Proseminar „Asyl- und Rückkehrpolitik“, Institut für Deutsch als Fremdsprache, Ludwig Maximilians Universität München, WS 2017/2018.

Worbs, Susanne/Konar, Özlem: „Aktuelle Daten zu Migration und Integration. Quellen und ausgewählte Ergebnisse“, Lehreinheit im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer „Grenzenloses Europa? Migration, Flucht, Asyl“, Akademie für politische Bildung Tutzing, 07.03.2017



Julian Tangermann (rechts) vor dem LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments in Brüssel; Foto: © European Union 2017

4.2 Mitgliedschaften in Fachgremien, Jurys, Beiräten

Baraulina Tatjana: Jury des Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt. Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung“ unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, durchgeführt von Engagement Global gGmbH
Online: <https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt.html>

Kreienbrink, Axel: Beirat der Zeitschrift für Flüchtlingsforschung.

Kreienbrink, Axel: Beirat des BMBF-Verbundprojekts „Flucht: Forschung und Transfer (FFT)“ (<https://flucht-forschung-transfer.de/>).

Kreienbrink, Axel: Beirat des ESRC Projekts „Seeing Illegal Immigrants: State Monitoring and Political Rationality“, University Edinburgh (<http://blogs.sps.ed.ac.uk/seeing-illegal-immigrants/>).

Kreienbrink, Axel: Data Advisory Board des Global Migration Data Analysis Centre (IOM), Berlin.



Renate Leistner-Rocca (3. v. rechts) bei der feierlichen Gründung des DeZIM in Berlin; Foto: © photothek/Inga Kjer

Kreienbrink, Axel: Wissenschaftlicher Beirat des Horizon 2020-Projekts „Evaluation of the Common European Asylum System under pressure and Recommendations for Further Development (CEASEVAL).“

Leistner-Rocca, Renate: Mitglied im Gremiums zur Gründung des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)

Rother, Nina: Wissenschaftlicher Beirat des Projekts „Improving Health Monitoring in Migrant Populations“ (IMIRA) am Robert Koch-Institut.

Schneider, Hanne: Begleitkreis Pilotprojekt „Innovative Formate zur Integration von Zuwanderern in Regionen mit hohen demografischen Herausforderungen (IN²)“, BMBF-Förderprogramm „Kommunen innovativ“, Mainz, 30.11.2017.

Uhlmann, Milena: Wissenschaftlicher Beirat des IDZ Jena - Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

4.3 Veranstaltungen

Tagung „Rückkehrberatung – Integriertes Rückkehrmanagement – Reintegration“ der deutschen nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN), Berlin, 04.05.2017

Im Mai 2017 richtete die deutsche nationale Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland die Tagung „Rückkehrberatung – Integriertes Rückkehrmanagement – Reintegration“ aus. Der Einladung folgten 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus anderen europäischen Staaten, aus EU-Institutionen, aus Bund, Ländern und Kommunen sowie aus diversen Forschungseinrichtungen, internationalen Organisationen und NGOs. Die Tagung wurde bilingual in deutscher und englischer Sprache simultan übersetzt. Moderiert wurde die Tagung von Dr. Axel Kreienbrink (Referatsleiter Forschungsfeld I), Corinna Wicher



Frau Dr. Nina Rother (1. Reihe, 2. v. rechts) im IMIRA Beirat am Robert Koch-Institut.

(Gruppenleiterin „Internationale Aufgaben, EU-Fondsverwaltung“) sowie Janne Grote (Wissenschaftlicher Mitarbeiter EMN/Forschungsfeld I).

Nach den Begrüßungen durch Elisabeth Kotthaus, stellvertretende Leiterin der politischen Abteilung der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, und Dr. Uta Dauke, Vizepräsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, betonte die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Dr. Emily Haber, in ihrem Eröffnungsvortrag die Wichtigkeit der Rückkehrpolitik als Instrument der Migrationssteuerung und als zentrales Thema der deutschen Innenpolitik.

Dr. Katie Kuschminder vom Europäischen Hochschulinstitut in Florenz präsentierte in ihrer Keynote Speech Ergebnisse ihrer langjährigen Forschung zu Rückkehr und Reintegration von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten in ihre Herkunftsländer. Kuschminder zufolge beschränkt sich die politische Diskussion um nachhaltige Rückkehr dabei zu oft auf die Verhinderung einer erneuten Auswanderung nach der Rückkehr (Remigration), wodurch der Blick für den vielschichtigen Rückkehr- und Reintegrationsprozess versperrt werde.

Das erste Panel nahm die Rückkehrberatung in den Fokus. Vertreter von Behörden und der Zivilgesellschaft aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Nor-



Dr. Axel Kreienbrink (rechts) moderiert die Fragen und Kommentare des Publikums.

wegen stellten Pilotprojekte und ihre Ansätze in der Rückkehrberatung vor und betonten die Wichtigkeit frühzeitiger Beratung und Einbindung des Umfelds sowie der Zusammenarbeit mit NGOs für eine funktionierende und effektive Beratung.

Das zweite Panel beleuchtete Konzepte des Integrierten Rückkehrmanagements. Die Expertinnen und Experten aus der Europäischen Kommission, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Staatssekretariat für Migration der Schweiz erörterten, welche Stellschrauben im Prozess der Rückkehr für einen reibungsloseren Ablauf entscheidend sind. Dabei wurde deutlich, dass sowohl auf



Dr. Katie Kuschminder in ihrer Keynote über nachhaltige Rückkehr



Die Panel-Teilnehmenden v. l.: Po-Ling Ho (Ministerium für Sicherheit und Justiz der Niederlande), Dr. Sarah Tietze (IOM), Peter Bonin (GIZ) und Moderator Janne Grote (EMN-Kontaktstelle)

nationaler als auch auf europäischer Ebene eine effektive Verzahnung verschiedener Instrumente bei der Rückkehr ein wichtiger Erfolgsfaktor ist.

Das dritte Panel widmete sich dem Thema Reintegration im Herkunftsland. Die Expertinnen und Experten der Internationalen Organisation für Migration, vom Ministerium für Sicherheit und Justiz der Niederlande und von der Deutschen Gesellschaft für In-

ternationale Zusammenarbeit berichteten über bewährte Praktiken, neue Ansätze und Vorschläge, wie Reintegration gelingen kann und wie Reintegrationsprogramme gestaltet werden können.

In seinen Schlussworten betonte Dr. Christian Klos vom Bundesministerium des Innern die Bedeutung europäischer Netzwerke und des Austauschs über Staatsgrenzen hinweg. Nur so könnten gemeinsame Strategien und Programme für die Zukunft entwickelt werden.

➔ Veröffentlichung

Thiem, Lena/Köhrer, Ellen/Grote, Janne/Tangermann, Julian/Hoffmeyer-Zlotnik,

Paula/Kreienbrink, Axel/Kohlmeier, Manfred

(2017): Tagungsdokumentation: Freiwillige Rückkehr im europäischen Kontext. Tagung der deutschen nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) am 04. Mai 2017 in Berlin. Online: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/emn-tagungsband-rueckkehr-2017.html;jsessionid=DAAC293BDA7738883E4C5F9D70151D3C.2_cid294?nn=1367526



Der Stand des Forschungszentrums beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung im BMI. Betreut von: Julian Tangermann, Andreea Baier und Jana A. Scheible (v. l.).

Tag der offenen Tür der Bundesregierung, Berlin

Jährlich präsentiert sich die Bundesregierung in Berlin mit zahlreichen Informations- und Unterhaltungsangeboten den Bürgerinnen und Bürgern, die die Gelegenheit nut-



Innenminister Dr. Thomas de Maizière (Mitte) am Stand des Forschungszentrums beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung im BMI.

zen, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Im Rahmen des Tages der offenen Tür haben die Ministerien und deren nachgeordnete Geschäftsbereiche die Gelegenheit, ihre jeweiligen Aufgabengebiete der Öffentlichkeit vorzustellen.

Der Tag der offenen Tür am 26. und 27.08.2017 gab dem Bundesamt eine gute Gelegenheit, sein breites Angebot in den Bereichen Umsetzung staatlicher Integrationsangebote, Durchführung der Asylverfahren, Stärkung der Willkommenskultur bis hin zum Betreiben wissenschaftlicher Forschung zu Migrations- und Integrationsthemen zu präsentieren.

Das Forschungszentrum war gemeinsam mit der deutschen nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) mit Infoständen im Bundesministerium des Innern vertreten und stellte seine Tätigkeiten und aktuelle Forschungsergebnisse vor.

Die teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter standen den interessierten Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort. Wie in den vergangenen Jahren zeigte sich, dass das Interesse sowie der Informations- und Diskussionsbedarf beim Thema Migration, Asyl und Flucht ungebrochen hoch ist.

Besuch des Department of Immigration Services Kenia im Forschungszentrum

Am 26.09.2017 besuchte eine Experten-delegation des Department of Immigration Services der Republik Kenia unter der Leitung von Deputy Director Pamela Elisabeth A. Otenyo das Forschungszentrum des Bundesamts, um sich über die

Forschungsaktivitäten des Bundesamts und die Möglichkeiten der Erkenntnisgewinnung in einer Behörde zu informieren.



Studienbesuch der Delegation des Department of Immigration Services der Republik Kenia im Bundesamt

projekte und Publikationen. Besonderes Interesse zeigten die Gäste daneben am Doktorandenprogramm des Forschungszentrums. Zum Abschluss wurden die grundsätzliche Ausbildung von Migrationsexperten in Deutschland sowie die Möglichkeiten einer eventuellen zukünftigen Kooperation angerissen.

Der Studienbesuch wurde von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Rahmen des Projektes „Better Migration Management“ organisiert. Der Leiter des Forschungsfeldes I, Dr. Kreienbrink, begrüßte die Gäste, die zunächst einen Überblick über das Migrationsgeschehen in Kenia gaben und das Department of Immigration Services präsentierten. Wichtige Themenbereiche des Departments sind das Integrierte Grenzmanagement, die Einführung von E-Visa und die Modernisierung der Grenzübergänge. Als Herausforderungen für ihr Land benannten die Gäste Flüchtlingszuzüge, durchlässige Grenzen, irreguläre Migration, die Radikalisierung von Jugendlichen und islamistischen Terrorismus.

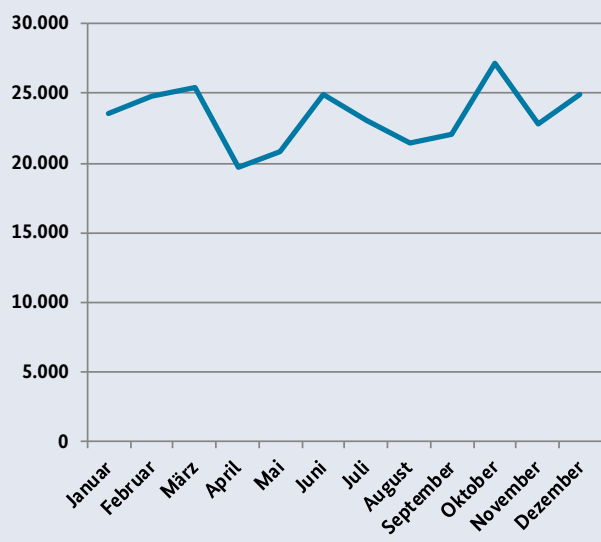
Die Studienreise nach Deutschland und in die Niederlande (zum Maastricht Centre for Citizenship, Migration and Development) diente dazu, Anregungen für eine spezialisierte Ausbildung des Personals im Themenbereich Migration für das Department zu gewinnen. Zu diesem Zweck soll an der Kenya School of Government ein Institut für Migrationsstudien eingerichtet werden, um dort eine Postgraduiertenausbildung anzubieten, wie Dr. Leah Mumbua Munyao, Director of Academic Affairs, erläuterte.

Seitens des Forschungszentrums wurden daher neben der Entwicklung des Bundesamtes und seinem aktuellen Aufbau ausführlich das Mandat und die Verfasstheit der Forschung im Amt, die Arbeitsweisen, die Beratungstätigkeit und die Öffentlichkeitsarbeit erläutert. Im Anschluss daran präsentierten Dr. Axel Kreienbrink, Dr. Susanne Schührer und Barbara Heß die thematischen Schwerpunkte der drei Forschungsfelder sowie die aktuell relevanten Forschungs-

4.4 Mediales Angebot

Migration, Integration und Asyl werden über vielfältige Informationskanäle auch online behandelt. So wird über aktuelle Forschungsergebnisse bereits auf der Startseite des Internetauftrittes des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge informiert. Zusätzlich werden diese über den monatlich erscheinenden Newsletter des Bundesamtes sowie zahlreiche weitere fachspezifische Verteiler und Newsletter der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Abbildung 6: Übersicht über die Aufrufe der Forschungsseite des Forschungszentrums auf www.bamf.de (Zeitraum Januar - Dezember 2017)



Die Aufrufzahlen der zentralen Forschungsseite auf BAMF.de <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Forschung/forschung-node.html> lagen im Jahr 2017 mit 280.656 deutlich höher als in 2017. Die Monatszahlen der Aufrufe der Forschungsseite sind aus voranstehender Darstellung ersichtlich.

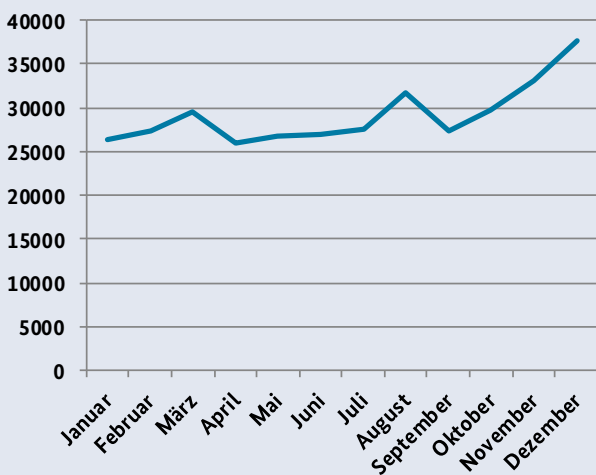
Erfolgsprodukt Working Paper

Die Working Paper präsentieren Zwischenergebnisse aus größeren laufenden Projekten oder Ergebnisse aus kleineren in sich geschlossenen Studien des Forschungszentrums.

Allein die Working Paper kamen im Zeitraum von 2012 bis 2017 auf über 1,38 Millionen Downloads, was 56 Prozent aller Forschungs-Publikationen entspricht. In 2017 konnten sie ihre Downloadzahlen mit 350.051 gegenüber dem Vorjahr mit 237.564 deutlich erhöhen.

Bei den einzelnen Working Paper lag WP 67 zum Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln und Aufenthaltszwecken in Deutschland im Jahr 2017 mit 44.498 Downloads vor dem bereits in 2008 erschienenen WP 13 „Schulische Bildung von Migranten in Deutschland“ mit 27.667 Downloads. Danach folgen WP 60 „Unbegleitete Minderjährige in Deutschland“ mit 26.625, WP 71 „Wie viele Muslime leben in Deutschland?“ mit 25.844 und WP 73 zum „Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland“ mit 24.241 Abrufen.

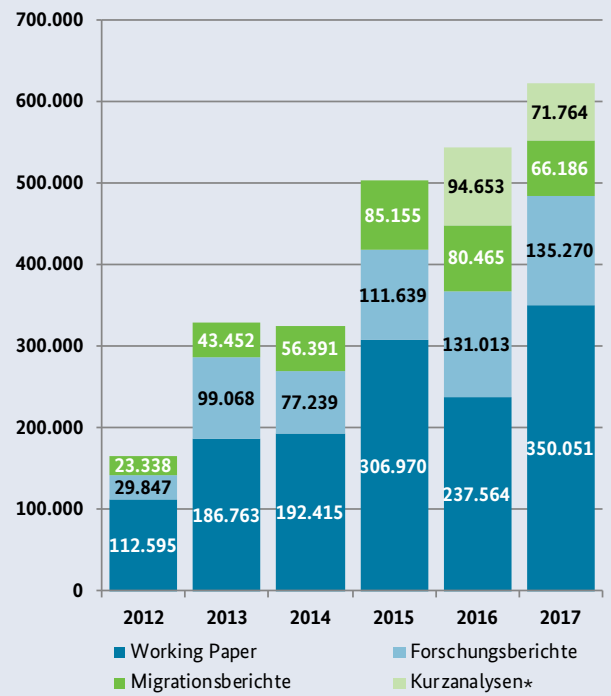
Abbildung 7: Entwicklung der Downloadzahlen bei den BAMF-Woking Paper über die Monate im Jahr 2017



Downloadzahlen von Forschungsstudien

Forschungsstudien, die als Forschungsberichte, Working Papers oder Sammelbände publiziert werden, können mehrheitlich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kostenfrei in gedruckter Form bezogen werden. Alle

Abbildung 8: Übersicht über die Entwicklung von Volltext-Anfragen (Zeitraum Januar 2012 - Dezember 2017)

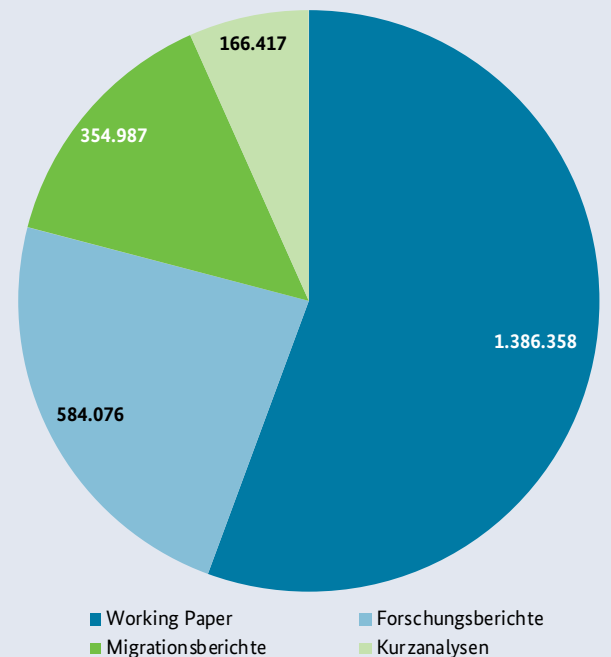


*neues Format seit 2016

Produkte sind zudem im Internet unter www.bamf.de/forschung abrufbar.

Im Jahr 2017 wurden die Volltextangebote des Forschungszentrums (PDF- Dateien) über 620.000 Mal abgerufen. Die Anzahl der Downloads im Zeitraum von 2012 bis 2017 von

Abbildung 9: Übersicht über die kumulierten Downloads des Forschungszentrums auf www.bamf.de (Zeitraum Januar 2012 - Dezember 2016)

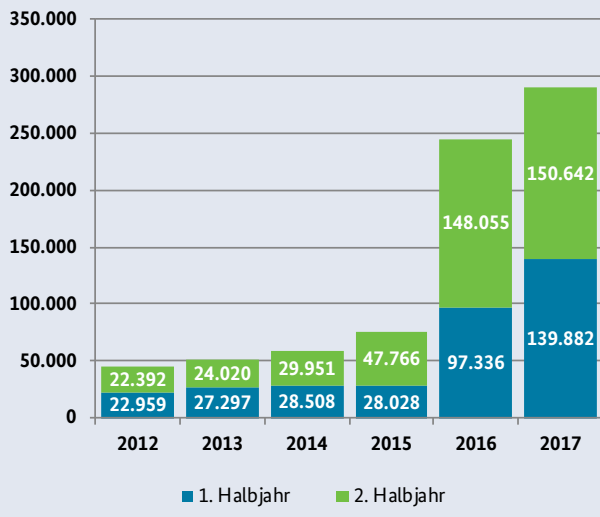


Working Paper, Forschungsberichten, Migrationsberichten und BAMF-Kurzanalysen lag zusammengezählt bei 2,49 Millionen!

Online Präsentation EMN

Die Nationale Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) hat innerhalb der Internetpräsenz der Behörde einen eigenen Bereich, um die Arbeit der deutschen Kontaktstelle und des EMN allgemein darzustellen. Die Aufwufzahlen für die Nationale Kontaktstelle des EMN lagen im Jahr 2017 bei 290.524 und damit noch um einiges höher als in 2016.

Abbildung 13: Übersicht über die Entwicklung der Aufrufe der Internetpräsenz des EMN (Zeitraum Januar 2012 - Dezember 2017)



Soziale Medien

Seit 2014 werden durch das Bundesamt ausgewählte Forschungsergebnisse in den Sozialen Medien vorgestellt. Die Nutzerinnen und Nutzer haben die Möglichkeit, sich an moderierten Diskussionen zu beteiligen. Im Berichtsjahr wurde verstärkt zu aktuellen Themen auf BAMF-Studien und Forschungsergebnisse bei Facebook und bei Twitter (mit dem eigenen Hashtag #BAMForscht) hingewiesen. Anspruch ist es, neben der Aufmerksamkeit der Fachöffentlichkeit auch Medien und die breitere Öffentlichkeit auf die Arbeit des Forschungszentrums hinzuweisen.



5

Vernetzung

5.1 Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN)

Ziel des EMN ist die Deckung des Informationsbedarfs der Gemeinschaftsorgane sowie der Behörden und Einrichtungen der Mitgliedstaaten zur Migrations- und Asylthematik durch Bereitstellung aktueller, objektiver, verlässlicher und vergleichbarer Informationen zu Migration und Asyl, um die diesbezügliche Politikgestaltung in der Europäischen Union zu unterstützen. Ebenso soll die Öffentlichkeit mit entsprechenden Informationen versorgt werden. Diese Aufgabe gründet sich auf eine Entscheidung des Rates der Europäischen Union vom 14.05.2008 (2008/381/EG).

Neben den jährlichen Berichten zur Entwicklung der Migrations- und Asylpolitik sind durch die jeweiligen nationalen Kontaktstellen (NCP) Studien zu relevanten Themen zu erstellen. Die Studienthemen werden durch Mitgliedstaaten und Kommission jährlich in einem Arbeitsprogramm festgelegt. Auf der Grundlage der nationalen Studien und Berichte der Mitgliedstaaten werden jeweils umfassende Syntheseberichte sowie Detailanalysen zu spezifischen Fragen (EMN Informs) erstellt, welche die zentralen Ergebnisse aller Studien zusammenfassen, die wichtigsten Aspekte hervorheben und diese in eine EU-Gemeinschaftsperspektive einbinden.

Die Ratsentscheidung zur Einrichtung des EMN schreibt zudem

die Bildung eines nationalen Netzwerks mit relevanten Akteuren vor. Ein solches deutsches Netzwerk besteht seit 2004 und ist seitdem schrittweise ausgebaut worden. Unter den derzeit ca. 30 Mitgliedern sind vor allem Forschungsinstitute, einschlägige Lehrstühle, Behörden aus Bund und Ländern sowie Organisationen, die sich mit Migrationsfragen beschäftigen. Daneben informiert die nationale Kontaktstelle regelmäßig über einen umfangreichen Verteiler

eine Vielzahl von Interessierten zu aktuellen Themen aus dem EMN.

Das EMN-Arbeitsprogramm sah für das Jahr 2017 vier Fokus-Studien vor. Zu folgenden Themen wurden Studien erstellt:

- Identitätsfeststellung im Migrationsprozess
- Maßnahmen der Mitgliedstaaten in Reaktion auf die sich verändernde Zahl von Asylsuchenden in den Jahren 2015 und 2016
- Der Einfluss europarechtlicher Regelungen auf die Wirksamkeit von Rückkehrmaßnahmen in den Mitgliedstaaten
- Unbegleitete Minderjährige nach dem Asylverfahren

Eine ausführliche Beschreibung der in 2017 bearbeiteten und erschienenen Studien findet sich in den Kapiteln 2.2. und 2.3. Alle Studien des EMN liegen auch in englischer Sprache vor.



EMN Sitzung; Bild: © 2017, Belgische Nationale EMN-Kontaktstelle

5.2 9. Treffen Gesprächskreis „Migration und Integration in der Ressortforschung“

Nachdem durch die Umstände im Zuge der starken Flüchtlingszuwanderung im Jahr 2016 im Bundesamt das jährliche Treffen entfallen musste, konnte am 23.11.2017 das nunmehr 9. Treffen des Gesprächskreises „Migration und Integration in der Ressortforschung“ in Nürnberg stattfinden.

Das Treffen ermöglicht den Vertreterinnen und Vertretern der bundesdeutschen Ressortforschungseinrichtungen und ressortforschungsähnlichen Einrichtungen, die (zum Teil) mit den Themen Migration, Integration und Flucht befasst sind, den Austausch über ihre jeweiligen aktuellen Projekte. In einer ausführlichen Tour de table wurden jüngst abgeschlossene, laufende und demnächst beginnende Projekte vorgestellt. Die Spannweite umfasst unter anderem Migration in und aus Afrika, Organisierte Kriminalität und Kriminalprävention, den Kinder- und Jugendmigrationsbericht, jugendliche Geflüchtete, die Evaluation von Arbeitsintegrationsmaßnahmen für Geflüchtete, Gesundheit und Arbeitsmarkt, berufliche Ausbildung von jungen Geflüchteten, internationale Migration von Deutschen, transnationale Familien im Fluchtcontext, Gesundheitssurveys, sexuelle Gesundheit von Zuwanderern, Beteiligung von Zuwanderern im Bereich der Städtebauförderung, Integration von Flüchtlingen in den Wohnungsmarkt, die Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Räumen, Geflüchtete und berufliche Bildung, Deradikalisierung, Förderung der freiwilligen Rückkehr, muslimisches Leben in Deutschland und Integrationskurse. Deutlich wurde in der großen Breite ein immer noch starker Fokus auf das Thema Flüchtlingsintegration,

aber auch andere Themen wurden nicht vernachlässigt. Gleichzeitig zeigte sich, dass Themenstellungen, die sich an den jeweiligen Ressortaufträgen orientieren, nirgendwo zu Doppelforschung führen.

Ergänzt wurde der Austausch um drei Fachvorträge

Herr Andreas Pohlmann (BISp): „Integrationsleistungen der Sportvereine in Deutschland (Sportentwicklungsbericht 2015/2016)“

Frau Dr. Karin Veith (BBSR): „Forschungsinitiative „Integration vor Ort leben – die Projekte ‚Integration von Zuwanderern – Herausforderungen für die Stadtentwicklung‘ und ‚Zuwanderung – Konsequenzen für die Städtebauförderung““

Frau Dr. Claudia Santos-Hövenner (RKI): „Improving Health Monitoring in Migrant Populations – das IMIRA-Projekt“

Interessant zu sehen war im Zuge der Projektvorstellungen und Präsentationen, dass bei einer Reihe von Studien gewisse Überlappungen existieren (z.B. bei Fragebogenteilen zu versch. Aspekten von Integration), weil diese immer als Kontextinformationen für den jeweiligen Themenschwerpunkt benötigt werden. Eine vollkommen trennscharfe Abgrenzung von Themen ist bei dem Querschnittcharakter von Migration und Integration jedoch nicht möglich, vielmehr muss sich die Abgrenzung nach der Hauptfragestellung richten. Als mögliches Thema für das nächste Treffen 2018 wurde erwogen, gezielt über evtl. Synergien nachzudenken.

Teilnehmende Institutionen



6

Abkürzungsverzeichnis

AufenthG	Aufenthaltsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BIB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BISP	Bundesinstitut für Sportwissenschaften
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BVFG	Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz
DeZIM	Deutsches Zentrum für Migrations- und Integrationsforschung
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DIK	Deutsche Islam Konferenz
DJI	Deutsches Jugendinstitut
DZA	Deutsches Zentrum für Altersfragen
EMN	Europäisches Migrationsnetzwerk
EU	Europäische Union
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
KfG	Kriegsfolgenbereinigungsgesetz
MBE	Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer
NCP	Nationaler Kontaktpunkt
RAM	Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SVR	Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik



Anlage

Forschungsvorhaben im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2005-2017

Themenfeld Migration

Projekttitlel	Status
<i>Allgemeine Aspekte / Datengrundlagen</i>	
Migrationsbericht 2005 – 2015	a
Arbeiten zur Datenlage im Bereich Migration und Integration	a
Soziale Komponente „SoKo“	d
Migrationsmonitoring deutsche Bundesländer	l
Dokumentation von Forschungs- und Literaturnachweisen	a
<i>Internationale Migration und Migrationssteuerung</i>	
Neuzuwandererpanel Pilotstudie	a
EMN-Studie 2008 „Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland“	a
EMN-Studie 2010 „Zirkuläre und temporäre Migration“	a
EMN-Studie 2011 „Visumpolitik als Migrationskanal?“	a
EMN-Fokus Studie 2013 „EU-Binnenmobilität von Drittstaatsangehörigen“	a
Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen – Afrika	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen – GUS	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen – Ost-/Südostasien	a
Das Potenzial zukünftiger Migrationen – Indien	a
Migrationspolitische Bedeutung der Türkei	a
Migrationsprozesse im Westbalkan: Bestandsaufnahme, Herausforderungen und Lösungsansätze	a
EMN-Studie 2012 „Die Zuwanderung internationaler Studierender nach Deutschland“	a
EMN-Studie 2007 „Familiennachzug in Deutschland“	a
EMN-Fokusstudie 2016 „Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland“	a
EMN Fokusstudie 2015 „Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln und/oder –zwecken“	a
Das Thema „Migration“ in den entwicklungsrelevanten Aktivitäten von institutionellen Akteuren und Migrantenorganisationen in Deutschland	a
Migration und Entwicklung zwischen Afrika und Deutschland: Buchprojekt BAMF-GIZ	a
Ausmaß und Folgen von Umweltmigration	a

a = abgeschlossen, l = laufend, d = Daueraufgabe

Projekttitle	Status
Flucht und Asyl	
Determinanten der Zielstaatswahl von Asylsuchenden	a
EMN-Studie 2009 „Europäische und nationale Formen der Schutzgewährung in Deutschland“	a
EMN-Fokus-Studie 2013 „Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland“	a
EMN-Fokus Studie 2017 „Die veränderte Fluchtmigration in den Jahren 2014 bis 2016: Reaktionen und Maßnahmen in Deutschland	l
Evaluation des Pilotprojekts „Asylverfahrensberatung	a
EMN-Fokusstudie 2016 „Resettlement und humanitäre Aufnahme“	a
EMN-Fokus-Studie 2013 „Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr“	a
EMN-Studie 2017 „Identitätssicherung und -feststellung im Migrationsprozess“	a
EMN-Fokusstudie 2016 „Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern“	a
EMN-Fokus-Studie 2014 „Wirksamkeit von Wiedereinreisesperren und Rückübernahmeabkommen“	a
EMN-Studie 2008 „Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland“	
EMN-Fokus-Studie 2014 „Unbegleitete Minderjährige in Deutschland“	a
EMN-Studie 2017 „Unbegleitete Minderjährige in Deutschland – Herausforderungen und Maßnahmen nach der Klärung des aufenthaltsrechtlichen Status	l
EMN Fokusstudie 2015: „Unterstützungsmaßnahmen für Schutzberechtigte – Die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt“	a
Rückkehr und Abwanderung	
EMN-Studie 2006 „Rückkehr aus Deutschland“	a
Rückkehr und Rückkehrförderung	a
EMN-Studie 2009 „Rückkehrunterstützung in Deutschland“	a
EMN-Studie 2017 „Rückkehrpolitik in Deutschland im Kontext europarechtlicher Vorschriften	a
Evaluation des Programms „Starthilfe Plus“ zur Förderung der freiwilligen Rückkehr	l
Abwanderung von qualifizierten Personen mit Migrationshintergrund aus Deutschland	a
Migration und Arbeitsmarkt	
EMN-Kleinstudie 2005 „Einreise und Aufenthaltsbedingungen in der EU für hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten: Deutschland“	a
EMN-Kleinstudie 2006 „Arbeitsmarkteteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland	a
Qualifizierte Arbeitsmigration in Deutschland in wirtschafts-, arbeitsmarkt- und entwicklungspolitischer Hinsicht	a
Arbeitsmigrationssteuerung: Zuwanderung von Fachkräften nach dem Zuwanderungsgesetz (§ 18 AufenthG)	a
Migranten in qualifizierten Dienstleistungen	a
Migranten im Niedriglohnsektor unter besonderer Berücksichtigung der Geduldeten und Bleibeberechtigten	a
EMN-Studie 2010 „Deckung des Arbeitskräftebedarfes durch Zuwanderung“	a
Bedarf an ausländischen Forscherinnen und Forschern in Deutschland	a
Selbstständige Zuwanderer und Rückkehrer	a
Beschäftigung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen. Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie 2013	a
EMN-Fokus-Studie 2013 „Gewinnung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen“	a
Erwerbsmigration von „Blaue Karte EU“-Inhabern in Deutschland	a

Projekttitlel	Status
Fachkräftezuwanderung im internationalen Vergleich	a
EMN-Fokus-Studie 2014 „Mobilitätsbestimmungen für Investoren, Selbständige und sonstige Wirtschaftsvertreter in Deutschland“	a
Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern im Familiennachzug	l
EMN Fokusstudie 2015: „Bestimmung von Fachkräfteengpässen und Fachkräftebedarfen in Deutschland“	a
EMN-Fokusstudie 2016: „Irreguläre Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland“	a

Irreguläre Migration

EMN-Studie 2005 „Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland“	a
Studie „Umfang und Struktur der illegal aufhältigen Migrantenbevölkerung in Deutschland“ für den Prüfungsauftrag „Illegalität“ der Bundesregierung	a
Bekämpfung illegaler Beschäftigung von Ausländern in der erweiterten EU	a
Schätzmethoden für den Umfang illegaler Migration	a
EMN-Fokus-Studie 2011 „Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung irregulärer Migration“	a
EMN-Fokus-Studie 2012 „Missbrauch des Rechts auf Familiennachzug, Scheinehen und missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen“	a
EMN Fokusstudie 2015: „Irreguläre Migration und freiwillige Rückkehr Deutschland“	a

Demographische Aspekte der Migration

Die alternde Gesellschaft	a
Migration und demographischer Wandel	a
Ältere Migranten	a
Morbidität und Mortalität von Migranten	a
Fertilität von Frauen mit Migrationshintergrund	a
Auswirkungen des demographischen Wandels auf Gesundheit, Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen bei Migrantinnen und Migranten	a

a = abgeschlossen, l = laufend, d = Daueraufgabe

Themenfeld Integration

Projekttitlel	Status
Wissenschaftliche Begleitung der Integrationskurse	a
Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes	a
Kriminalität von Aussiedlern	a
Erfolgsbiographien von Migrantinnen	a
Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM) 2006/2007	a
Repräsentativuntersuchung ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland (RAM) 2015	l
Integrationsreport (Dauervorhaben)	d
Indikatoren der Integration auf kommunaler Ebene	a
Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen	l
Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg	a

Projekttitlel	Status
Integrationsverlauf von Integrationskursteilnehmenden	a
Integrationsverlauf von Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen	a
Integrationsverlauf von Integrationskursteilnehmenden: 4. Befragungswelle	a
Integrationsverlauf von Integrationskursteilnehmenden: qualitative Ergänzungsstudie	a
Das Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland	a
Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen	a
(Spät-)Aussiedler in Deutschland: Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse	a
Die Integration von zugewanderten Ehepartnerinnen und Ehepartnern in Deutschland (BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013)	a
EMN-Studie 2014 „Soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland“	a
Wissenschaftliche Begleitforschung zur Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)	a
IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten	l
Integration von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen	a
Flüchtlingsaufnahme (Resettlement): Untersuchung der Integration von besonders Schutzbedürftigen	l
Erklärungsansätze für Unterschiede beim Zweitspracherwerb	a

Muslimische in Deutschland

Muslimische Selbstorganisation und staatlicher Umgang mit muslimischen Organisationen im europäischen Vergleich	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Muslimisches Leben in Deutschland 2008“	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Islamische Religionsbedienstete in Deutschland (IREB)“	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern muslimischer und christlicher Religionszugehörigkeit“	a
Studie im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK): „Muslimisches Leben in Deutschland“ (MLD 2016)	a
Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“	a

a = abgeschlossen, l = laufend, d = Daueraufgabe

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Gesamtverantwortung:

Renate Leistner-Rocca

Redaktion:

Christoph Walz | Referat GF 1; Wissenschaftsmanagement, Geschäftsstelle Wissenschaftlicher Beirat
Dr. Axel Kreienbrink | Forschungsfeld I; Internationale Migration und Migrationssteuerung

Stand:

Juni 2018

Layout:

Jana Burmeister | Wissenschaftsmanagement,
Geschäftsstelle Wissenschaftlicher Beirat

Bildnachweis:

iStock: Titel
Jana Burmeister: Seite 4, 13, 42
Privat: Seite 12
Tallinn University: Seite 34
Dr. Axel Kreienbrink: Seite 36 oben
Christine Geserick: Seite 36 unten
COMPAS: Seite 37
© European Union 2017: Seite 38
© photothek/Inga Kjer: Seite 39 oben
RKI: Seite 39 unten
Lena Thiem: Seite 40
Carolin Kainz: Seite 41
© 2017, Belgische Nationale EMN-Kontaktstelle: Seite 45

Druck:

BAMF, Zentrale- und Außenstellenunterstützung

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bamf.de/forschung

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kostenlos herausgegeben. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

